



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

25. Sitzung vom 28. August 2023

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.25 Uhr

Leitung: Roman Oberli (Präsident)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Claudia Fünfschilling, Stefanie Glaser, Jonathan Noack und Luzia Sutter Rehmann

Präsident:

Roman Oberli

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur ersten Sitzung des Amtsjahrs 2023/24 und somit dem letzten Jahr der laufenden Legislatur. Er hofft, alle hatten eine angenehme Sommerpause. Es hat ihn gefreut, das eine oder andere Gesicht an der Bundesfeier zu sehen. Der Präsident begrüsst die anwesenden Gäste und die Vertretung der Medien. An dieser Stelle weist er darauf hin, dass das Gemeinde TV wieder Filmaufnahmen machen wird. Das Büro hat die entsprechende Drehgenehmigung beschlossen. Er begrüsst die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, von der Abteilung Finanzen Stephan Leu und den neuen Hauswart Dominique Furler. Er übernimmt den Job von Urs Dubach, der Mitte August pensioniert wurde. Ausserdem begrüsst er die Gemeindepräsidentin ad interim Caroline Rietschi sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Natürlich heisst er auch alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen willkommen und speziell den neuen Einwohnerrat Marco Giani. Er wünscht viel Spass und gutes Gelingen.

Leider gibt es auch Rücktritte aus dem Rat zu vermelden. Bettina Benthaus ist heute das letzte Mal dabei. Sie wird Ende August zurücktreten, wobei die Nachfolge noch unklar ist. Die Verabschiedung folgt am Ende der Sitzung.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Luzia Sutter Rehmann, Stephanie Glaser, beide Grüne/EVP, Jonathan Noack, SP, und Claudia Fünfschilling, FDP. Somit sind 36 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 19 und das Zweidrittelmehr bei 24.

Wie üblich soll eine Probeabstimmung durchgeführt werden. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Neue Vorstösse

Nr. 173, Postulat B. Strondl, SP: Neue Quartiertreffpunkte in Binningen

Nr. 174, Interpellation Th. Häfele, FDP: Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft

Nr. 175, Dringl. Motion M. Schinzel, FDP: Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten

Nr. 176, Interpellation D. Zimmermann, FDP: Hängige parlamentarische Vorstösse

Präsident Roman Oberli, SVP erläutert, gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats haben die Verfasser die Möglichkeit, ihre Vorstösse zu begründen. Möchte dies jemand tun?

Dringlichkeit Motion M. Schinzel, FDP: Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten

Motionär Marc Schinzel, FDP begründet die Dringlichkeit seiner Motion, die eigentlich für sich selbst spricht. Der Sommer neigt sich dem Ende und der Winter kommt. Einerseits gibt es eine nachhaltige Lösung für die Beleuchtung in Binningen, die der Gemeinderat prüfen möchte. Andererseits denkt der Votant, dass es kurzfristig nötig und sinnvoll ist, dass man im Sinn der Bevölkerung und im Sinn der Nutzerinnen und Nutzer nicht auf die nachhaltige Lösung, die seine Fraktion auch sehr begrüsst, wartet, sondern dass man die Beleuchtung jetzt in der Nacht wieder einschaltet. Beim Motionär sind diverse Meldungen eingegangen. Er findet, das Sicherheitsbedürfnis sei jetzt einfach höher zu gewichten, als zu warten bis die nachhaltige Lösung vorliegt. Die Einschaltung kann gut auf den nächsten Winter hin gemacht werden. Die kleine Anpassung des Strassenreglements, die vorgeschlagen wird mit seiner dringlichen Motion, ist gut möglich. Daher dringlich, damit sich die Situation ändert und die Binninger Strassen bereits in diesem Winter wieder hell und nicht mehr dunkel sind.

ABSTIMMUNG

Um die Dringlichkeit zu beschliessen, bedarf es einem Zweidrittelmehr.

Dringlichkeit: 26 JA / 6 NEIN / 3 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Motion von M. Schinzel, FDP: «Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten» wird beschlossen.

Der Präsident informiert, dass die dringliche Motion somit noch an dieser Sitzung behandelt wird.

Traktandenliste

Thomas Häfele, FDP teilt mit, die Fraktion der FDP stelle den Antrag, dass das Geschäft 204A/XII «Kabelnetz, Strategie und Verkauf» vorverschoben und direkt nach Traktandum 3 «Jahresbericht 2022, Leistungsberichte 2022» behandelt wird. Sie sind der Ansicht, dass ein allfälliger Verkauf des Kabelnetzes möglichst zeitnah erfolgen sollte. Der Verkaufspreis richtet sich nach der Anzahl Abonnenten, die rückläufig ist. Aufgrund dieser Dringlichkeit sollte es keine weiteren Verzögerungen für das Geschäft mehr geben und es sollte so schnell wie möglich behandelt werden.

ABSTIMMUNG

Änderung Traktandenliste: 35 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 03)

://: Folgende Änderung der Traktandenliste wird beschlossen:

- Das Geschäft Nr. 204A/XII: «Kabelnetz, Strategie und Verkauf» wird neu als Traktandum 4 behandelt.

Es gibt keine weiteren Änderungsanträge zur Traktandenliste.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 26. Juni 2023	
2. Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024	171
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.04.2023 Jahresbericht 2022, Leistungsberichte 2022 Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti Bericht der GRPK zum Jahresbericht und der Jahresrechnung 2022	157 157A
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2023 Kabelnetz, Strategie und Verkauf Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	204A/XII
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.05.2023 Rückständebericht 2023 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	163

- | | | |
|-----|---|------------|
| 6. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2023
Totalrevision Mietzinsbeitragsreglement
Geschäftskreisführung: Lukas Alt | 172 |
| 7. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.05.2023
Interfraktionelles Postulat: Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen
Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller | 138 |
| 8. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.06.2023
Interpellation Th. Schwarb, Grüne/EVP: Regelung von Feuerwerken
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 146 |
| 9. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.05.2023
Postulat S. Keller, SVP: 2023 Binningen nachts lichterlos
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 147 |
| 10. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2023
Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Baumbestand in Binningen
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 151 |
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.06.2023
Postulat L. Sutter Rehmann, Grüne/EVP: Überprüfung der Pflichtparkplätze
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 152 |
| 12. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 26. Juni 2023

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, im Büro-Sitzung seien keine Änderungen beantragt worden. Gibt es aus dem Rat Änderungswünsche? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 171

Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Der Präsident informiert, dass für die Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommissionen Stille Wahlen möglich sind. Er bittet um einen Wahlvorschlag für das ordentliche Mitglied, bei welchem die FDP eine vakante Position hat.

Daniel Setz, FDP nominiert namens seiner Fraktion für den aus dem Einwohnerrat zurückgetretenen Stephan Meyer als ordentliches Mitglied der GRPK Marco Giani.

Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, ist eine Stille Wahl möglich.

BESCHLUSS

://: 1. Für die restliche Amtsperiode wird Marco Giani, FDP, als Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Der Präsident äussert, dass zusätzlich zwei stellvertretende Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt werden müssen. Hier gibt es einerseits eine vakante Position bei der SP und andererseits bei der Mitte. Er bittet auch hier um Nominationen.

Simone Abt, SP schlägt namens der SP Jonathan Noack vor.

Thomas Hafner, Mitte/GLP gibt bekannt, die Mitte nominieren als stellvertretendes Mitglied Carlo Heim. Alle, die bereits in der letzten Legislatur von 2016-2020 im Einwohnerrat waren, kennen ihn bestens. Er war vor vier Jahren auch GRPK-Präsident.

Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, ist eine Stille Wahl möglich.

BESCHLUSS

://: 2. Für die restliche Amtsperiode werden Karl J. Heim, Mitte, und Jonathan Noack, SP, als stellvertretende Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Jahresbericht 2022, Leistungsberichte 2022**Bericht der GRPK zum Jahresbericht und der Jahresrechnung 2022**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP darf heute die Jahresrechnung 2022 mit dem Bericht der GRPK präsentieren. Heute, erst nach den Sommerferien? Ja, erst heute. Normalerweise wird die Rechnung vor den Sommerferien verabschiedet. Der Grund für die Verzögerung ist im GRPK-Bericht dargelegt. Der Hintergrund ist, dass die Kommission Informationen braucht, um die Rechnung zu prüfen, die sich über die Zahlen hinausbewegen. Die Gemeinde hat eine wirkungsorientierte Verwaltung. Daher muss auch geprüft werden, wie die Leistungsziele erreicht wurden, die mit dieser wirkungsorientierten Verwaltungsführung verabschiedet wurden. Dafür braucht es mehr als einfach nur nackte Zahlen und dies macht den Jahresbericht jeweils sehr umfangreich. Er wurde dem Einwohnerrat in diesem Jahr nicht in der gewohnten, umfangreichen Form vorgelegt. Das war kein böser Wille. Er möchte dies an dieser Stelle ganz klar festhalten. Es war kein böser Wille des Gemeinderats. Der Gemeinderat hatte eigentlich etwas ganz Anderes vor. Er wollte es der GRPK und dem Einwohnerrat noch einfacher machen, indem er einen Übergang zu einer elektronischen Präsentation des Jahresberichts durchführen wollte. Leider war dies aus Gründen, die in der technischen Aufbereitung liegen, nicht möglich. Der Redner nimmt an, dass die zuständige Gemeinderätin dazu vielleicht noch etwas Näheres sagen kann. Das ist der Grund, warum erst heute über die Jahresrechnung gesprochen wird. Wahrscheinlich ist dies aber auch das Spektakulärste an dieser Rechnung. Ansonsten ist die Rechnung nämlich so, wie man sich dies wünscht. In bester Ordnung, geprüft von der PWC. Die Kommission konnte die Rechnung gut verabschieden und eine Empfehlung zur Verabschiedung an den Einwohnerrat abgeben.

Gleichzeitig mit der Rechnung stellt die GRPK sechs zusätzliche Anträge. Auf diese möchte der Votant im Folgenden auch noch eingehen. Zuerst aber das Wichtigste: die Ergebnisverwendung. Der Gemeinderat schlägt vor, dass man die 9,7 Mio. Franken des positiven Jahresergebnisses direkt mit dem Bilanzüberschuss verrechnet. Die Kommission hat auch in Anbetracht der Ereignisse in der Zwischenzeit den Antrag gestellt, dass man nur 4,7 Mio. Franken mit dem Bilanzüberschuss verrechnet und 5 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve einlegt. Sozusagen dort parkiert bis man weitere Vorfinanzierungen für das nächste Projekt machen kann. Andernfalls würde die bestehende Vorfinanzierung, die für den Werkhof eingestellt wurde, dahinfallen und man könnte sie allenfalls nicht mehr neu bilden. Er ruft den Anwesenden in Erinnerung, dass Vorfinanzierungen nur dann gebildet werden können, wenn die Gemeinde ein positives Ergebnis erzielt. Mit der Überweisung in die finanzpolitische Reserve kann ein künstlicher Überschuss erzeugt und daher jederzeit eine Vorfinanzierung gebildet werden. Das ist Antrag 5, bei welchem die Kommission etwas Anderes möchte, als das, was der Gemeinderat vorgeschlagen hat.

Der GRPK-Präsident möchte nun auf die Geschäftsprüfungsthemen eingehen, die die GRPK in ihrem Geschäftsprüfungsteil zusätzlich beantragt. Sechs solche Anträge findet man am Ende der Anträge, über welche nachher abgestimmt wird. Es sind die Anträge 11 bis 16. Antrag 11 betrifft das bereits angesprochene Thema. Es geht um die Form der Präsentation der Jahresrechnung. Die GRPK möchte bei der Umstellung der Darstellung und der Form der Jahresrechnung miteinbezogen werden. Die Kommission ist der Überzeugung, dass der Einwohnerrat mit seiner Fachkommission am besten weiss, wie man einen solchen Übergang in eine elektronische Darstellung des Jahresberichts nutzergerecht, also für die Ratsmitglieder sinnvoll, erreichen kann. Die GRPK bietet Hand, das zusammen mit dem Gemeinderat zu machen. Allerdings möchte sie nicht auf die heute zur Verfügung stehenden Informationen verzichten.

Der zweite Antrag der Kommission ist Antrag 12 im Bericht. Dort kommt die GRPK auf ein Geschäft zurück, auf welches die PWC bereits im Vorjahr hingewiesen hat. In Bezug auf die Handhabung der Rückstellungen in der Pensionskasse hat die Kommission zwar eine Antwort der Verwaltung erhalten, aber eine verbindliche Antwort des Gemeinderats liegt bis heute nicht vor. Dies hat den Anlass gegeben, dass beantragt wird, zukünftig derartige Anträge der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, die durch den Einwohnerrat verabschiedet werden, in einer Geschäftsdatenbank zu erfassen, damit sie nicht verloren oder vergessen gehen. Das wäre Antrag 16. Damit springt der Votant wieder zurück zu Antrag 13. Dort geht es darum, dass aufgrund eines Hinweises der PWC verlangt wurde, dass das Baurechtsreglement angepasst wird und die dort festgestellten Anpassungen endlich vorgenommen werden. Der Rat erwartet das Baurechtsreglement schon länger und es wurde ihm auch schon länger versprochen. Wie er gehört hat, sei nun etwas in der Pipeline. Die Kommission findet, es sei nun langsam dringend. Das ist Antrag 13.

Bei Antrag 14 geht es darum, dass die GRPK festgestellt hat, dass die Gemeinde in verschiedenen Fonds und Legaten eine stattliche Summe Geld hütet, welches ihr von Binninger Einwohnern geschenkt wurde mit einer verbindlichen Verwendungsaufgabe. Wenn man schaut, was von diesem Geld schlussendlich verwendet wird, dann stellt man fest, dass dies praktisch nicht stattfindet. Die Kommission findet, es gehöre sich nicht, dass das Geld einfach gehütet und nichts damit gemacht wird. Sie möchte daher, dass der Gemeinderat prüft, ob anstelle einer reinen Verwendung der Erträge nicht auch ein Kapitalverzehr stattfinden könnte. Schlussendlich geht es darum, dass das Geld seinem Verwendungszweck zugeführt werden kann und nicht, dass es einfach bei der Gemeinde in einem «Kässeli» versauert. Der Votant kommt noch zu Antrag 15. Dort geht es darum, dass die Kommission festgestellt hat, dass durch eine Änderung der Bundesgerichtlichen Rechtsprechung neu die Vorsteuerabzüge auch von einer Gemeinde geltend gemacht werden können insbesondere, wenn sie grössere Bauvorhaben hat. Die GRPK möchte vom Gemeinderat daher wissen, ob dies nicht auch für die Gemeinde Binningen ein wichtiger Punkt sein könnte bei den Investitionsvorhaben die die Gemeinde heute vor sich hat. Sie bittet daher, dass dies dringlich geprüft wird, also bis Ende Jahr, möglichst noch vor Beginn der grösseren Bauprojekte. Antrag 16 hat er bereits erwähnt. Da geht es um die Geschäftsdatenbank. Die Kommission möchte, dass die Anträge darin festgehalten werden. Mit diesen Worten möchte der GRPK-Präsident seine Darstellung des Berichts zur Jahresrechnung schliessen und freut sich auf die Diskussion.

GESCHÄFTSBERATUNG

Hubert Steffen, SVP dankt namens der SVP der zuständigen Gemeinderätin für den ausführlichen und sehr informativen Bericht. Das Ergebnis ist wiederum sehr erfreulich. Es muss jedoch wieder festgestellt werden, dass die geplanten Investitionen wiederholt nicht wie budgetiert realisiert wurden. Die Rechnung der Gemeinde Binningen ist kerngesund. Die kommenden Investitionen sind somit finanziell abgesichert. Per 31.12.2022 war ein Eigenkapital von 125 Mio. Franken vorhanden. Die Gemeinde Binningen hat somit genügend Eigenmittel, um die anstehenden Investitionen «Schulcampus Dorf» und «Erweiterung Primarschulanlage Meiriacker» finanzieren zu können. Bis weitere Grossinvestitionen spruchreif sind, vergehen noch unzählige Monate oder Jahre. Die Lebenshaltungskosten der Binninger Bevölkerung sind in diesem Jahr stark angestiegen und werden auch im kommenden Jahr stark wachsen, z.B. Mehrwertsteuererhöhung, Krankenkassenprämienanstieg, Mieten usw. Die Bevölkerung von Binningen leidet sehr stark unter der hohen Inflation. Die Kaufkraft nimmt ständig ab. Gerade für viele Familien ist es eine existenzbedrohende Situation.

Die SVP wird mit dem nächsten Budget 2024 eine Steuersenkung von mindestens zwei Prozent fordern. Das kann sich die Gemeinde Binningen zum heutigen Zeitpunkt locker leisten. Für die SVP ist es nun das Wichtigste, dass man die Binninger Bevölkerung entlasten muss anstatt Steuereinnahmen auf Vorrat zu erheben. Es wäre wünschenswert, wenn der Gemeinderat diese Steuerreduktion bereits mit dem Budget 2024 von sich aus in Betracht ziehen und somit ein Zeichen für die Binninger Bevölkerung setzen würde. Wie bereits gesagt: Die Gemeinde Binningen kann sich diese Steuersenkung leisten. Zudem

muss im nächsten Jahr die Vorfinanzierung für den Werkhof in der Höhe von fünf Millionen Franken aufgelöst werden. Nebenbei würde die Steuersenkung auch die Steuerkraft der Gemeinde Binningen senken und das hätte zur Folge, dass zukünftig weniger Beiträge an den Finanzausgleich geleistet werden müssten, was einen Teil der Steuersenkung wieder auffangen würde. Ausser bei der Ergebnisverwendung, wo die SVP den Antrag des Gemeinderats unterstützt, wird die Fraktion allen anderen Anträgen der GRPK zustimmen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP erwähnt, die Grünen/EVP freuen sich über das wieder einmal ausserordentlich gute Ergebnis der Rechnung. Hohe Gewinne und grosse Vermögen verleiten gerne einmal dazu, freudig alles zu genehmigen. Man muss sich ja keine grösseren Sorgen machen. Das Geld wird es ja schon richten. Daher hat die Fraktion auch stirnrund die unterschiedliche Praxis bei der Auflösung der Rückstellungen der Pensionsverpflichtungen zur Kenntnis genommen. Sie sind auf die Begründung seitens Gemeinderat gespannt. Genauso gespannt sind sie auf die pendenten Antworten aus dem Rechnungsbericht 2021 zu den Auswirkungen von § 12 des Baurechtsreglements bzw. auf das Baurechtsreglement warten sie ebenfalls. Die Informationen werden benötigt, um allenfalls Änderungen in Angriff zu nehmen. Die Grünen/EVP teilen die Meinung der GRPK zur Ergebnisverwendung eines Teils des Ertragsüberschusses. Nicht nur der wiederholte Rückstand bei den Investitionen – die müssen nämlich auch getätigt werden und warten kommt nicht unbedingt günstiger – sondern auch, weil in nächster Zeit einiges mehr auf Binningen zukommen wird. Gewisse Projekte durfte der Rat bereits anschauen. Wie die Rednerin eingangs erwähnt hat, muss man auch bei sehr guten Ergebnissen sorgfältig und nachhaltig entscheiden. Sie macht es kurz. Als Fazit: Die Fraktion wird allen Anträgen aus dem GRPK-Bericht zustimmen und möchte bei dieser Gelegenheit der Kommission für die sorgfältige Prüfung danken. Das etwas längere Warten hat sich gelohnt.

Richard Bräunlich, SP erklärt, auch die SP finde den Bericht und die geleistete Arbeit sehr gut und möchte sich hierfür bedanken. Es ist ein sehr gutes Ergebnis, womit man sehr zufrieden sein kann. Aber es stehen auch sehr hohe Ausgaben an für den Schulcampus Dorf und das Meiriacker Schulhaus. Weiter sind Investitionen z.B. ins Hallenbad geplant. Der Redner findet, man sei gut beraten, sehr vorsichtig mit dem Geld umzugehen und zu schauen, dass es auch so aufgeht, wie man sich das vorgestellt hat.

Thomas Hafner, Mitte/GLP bedankt sich namens der Mitte/GLP beim Gemeinderat und der Verwaltung für den erhaltenen Jahresbericht. Auch vielen Dank an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und ihren Präsidenten für die stets bedeutenden und geschätzten Analysen mit dem Bericht und den Anträgen. Mit Verspätung behandelt der Rat heute die Rechnung 2022. Warum und weshalb hat der Präsident der Kommission schon sehr gut erläutert. Vorweg: Die Mitte/GLP stimmt allen Anträgen, wie im GRPK-Bericht aufgelistet, zu. Überrascht, aber selbstverständlich sehr erfreut, ist die Fraktion über den sehr positiven und hohen Abschluss der Rechnung 2022. Mit einem Ergebnis von knapp 11 Mio. Franken fällt die Voraussage im Jahr 2021 sogar um sage und schreibe 12,8 Mio. Franken besser aus, als budgetiert. Nochmals ein unerwartet hoher Abschluss wie im Rechnungsjahr 2021. Das vorhergesagte negative Ergebnis ist nicht eingetreten. Im Gegenteil wurde einmal mehr ein Überschuss generiert für den die Fraktion natürlich sehr dankbar ist. Dies aber auch immer wieder mit der Sicht auf den vorhandenen Investitionstau. Im Jahr 2022 wurde gemäss Budget von ca. 6,6 Mio. Franken nur ca. 50 Prozent der vorgesehenen Gelder für Investitionsprojekte genutzt.

Eigentlich blickt man bei einem Rechnungsbericht nur zurück, um diesen zu genehmigen. Trotzdem möchte der Votant heute noch erwähnen, was er liebend gerne bereits in der Juni-Sitzung gemacht hätte: Ein Vorausblick auf das Budget 2024 vor dessen Fertigstellung und Abgabe. Die Mitte/GLP ist sehr froh, dass der Gemeinderat den Fokus auf eine langfristige und solide Finanzplanung legt. Der Vermögensstand hat sich in den letzten zwei Jahren erfreulicherweise erhöht. Die Fraktion begrüsst es, wenn mit dem Budget 2024 die alten Berechnungen aus den Vorjahren, wie der Finanzplan mit den Planjahren sowie voraussichtlich über weitere Jahre hinaus auch mit dem jeweils aktuellen Investitionsplan, neu auf Vordermann, hier vermutlich auf Vorderfrau, gebracht werden. Rückwirkend auf die vormals

angedachten Investitionen müssen diese Kennzahlen der neuen Situation angepasst werden. Auch gibt es Plus und Minus, wie z.B. das vormals angedachte Kabelnetz, über welches der Rat heute vermutlich auch noch sprechen wird. Mit Spannung für eine weitsichtige, vorausschauende Finanzplanung, aber auch mit Verständnis für den Steuerzahler wartet der Votant auf den neuen Budgetantrag 2024 durch den Gemeinderat. Wird eine präzisere Voraussage möglich sein?

Daniel Zimmermann, FDP teilt mit, die FDP-Fraktion äussere sich nicht zum Budget, sondern möchte dem Gemeinderat für die Rechnung 2022 und im Speziellen der zuständigen Gemeinderätin danken. Die Fraktion ist mit den Anträgen der GRPK einverstanden und dankt der Kommission für die hervorragende Arbeit. Er schliesst sich den Vorrednern an, dass sich dieses Mal ausnahmsweise das Warten auf die Rechnung gelohnt hat, weil es inhaltlich doch relativ viele Themen gab, die im Bericht ersichtlich sind.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich für die Voten, die sie gerne aufnimmt. Es ist wie bereits geäussert eine äusserst erfreuliche Rechnung. Über neun Millionen im Plus. Das ist absolut nicht selbstverständlich. Man muss aber auch demütig bleiben und sich zugestehen, dass dies nicht allein der eigene Verdienst war und eben auch nicht selbstverständlich. Die Steuerzahlenden haben der Gemeinde das äusserst positive Resultat erst möglich gemacht. Daher möchte sie an dieser Stelle einen grossen Dank an die Binninger Steuerzahler richten. Ein solch positives Resultat hilft der Gemeinde, weiterhin positiv in die Zukunft zu schauen, die zukünftigen Projekte erfolgreich umzusetzen und in Binningen einen langfristig ausgeglichenen und soliden Finanzhaushalt zu gewährleisten. Man muss aber mit den Finanzen weiterhin sorgfältig umgehen und ihnen Sorge tragen.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

Antrag 2 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP erklärt, da die vom Gemeinderat vorgeschlagene Ergebnisverwendung anders aussieht als die der GRPK, möchte er als nächstes über Antrag 5 abstimmen. Die Ergebnisverwendung hat Auswirkungen auf die Zahlen der Anträge 3 und 4. Die beiden Vorschläge werden einander gegenübergestellt. Der Vorschlag der GRPK sieht vor: «Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die finanzpolitische Reserve im Betrag von 5 Mio. Franken.». Der Gemeinderat möchte den Ertragsüberschuss von 9 682 394 Franken mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals verrechnen.

Einlage von 5 Mio. Franken in finanzpolitische Reserve: 31 JA / 5 NEIN (Abstimmung 06)

Antrag 3 der GRPK mit angepassten Zahlen: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Antrag 4 der GRPK mit angepassten Zahlen: 32 JA / 4 NEIN (Abstimmung 08)

Antrag 5 Ergebnisverwendung: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

Antrag 6 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

Antrag 7 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 11)

Antrag 8 der GRPK: Kenntnisnahme

Antrag 9 der GRPK: Kenntnisnahme

Antrag 11 der GRPK: 34 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 12)

Antrag 10 der GRPK: 32 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 13)

Antrag 13 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 14)

Antrag 12 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 15)

Antrag 14 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 16)

Antrag 15 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 17)

Antrag 16 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 18)

Schlussabstimmung Rechnung: Einstimmig JA (Abstimmung 19)

Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt 50 230 245 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	1 968 969
- Steuern	CHF	957 827
- Gesundheit	CHF	9 909 546
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	4 031 462
- Bildung	CHF	20 420 277
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 369 094
- Soziale Dienste	CHF	8 354 007
- Verkehr, Strassen	CHF	2 351 522
- Versorgung, Umwelt	CHF	978 171
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	-110 631
3. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die finanzpolitische Reserve im Betrag von 5 Mio. Franken.
4. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 54 912 638 Franken werden genehmigt.
5. Die Erfolgsrechnung 2022 mit Aufwendungen von 93 546 334 Franken, Erträgen von 98 228 728 Franken und einem Ertragsüberschuss von 4 682 394 Franken (gerundet) wird genehmigt.
6. Ergebnisverwendung
Der Ertragsüberschuss 2022 von 4 682 394 Franken (gerundet) wird wie folgt verwendet:
 - Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals
7. Die Bilanz 2022 mit Aktiven und Passiven von jeweils 195 932 937 Franken wird gemäss Anhang XV und Anhang XVI genehmigt.
8. Die Abrechnung über die Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 6 wird genehmigt:
 - Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug Wischmaschine 202 476 Franken
 - Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug LKW Winterdienst 455 000 Franken
 - Erneuerung Parkettboden Kronenmattsaal 145 012 Franken
9. Die Investitionsrechnung 2022 mit Ausgaben von 3 766 847 Franken, Einnahmen von 469 169 Franken und Nettoinvestitionen von 3 297 678 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
10. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 11 448.12 Stellenprozenten wird zur Kenntnis genommen.
11. Der Gemeinderat wird beauftragt, eine verbindliche Festlegung für die Präsentation des Budgets und der Rechnung zu schaffen, mit dem Ziel, diese nicht ohne Zustimmung des Einwohnerrates zu ändern.
12. Der Gemeinderat wird beauftragt, vor einem allfälligen Wechsel der Präsentation (digitale Form) des Budgets und der Rechnung die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vorgängig zu konsultieren.

13. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat einen Bericht zur Ungleichbehandlung der Arbeitgeberbeitragsreserve bei den Versichertengruppen (Lehrpersonen und übrige Mitarbeitende) der Pensionskasse Baselland, vorzulegen.
14. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat an der nächsten Sitzung entweder das geänderte Baurechtsreglement vorzulegen oder die Gründe der Verzögerung zu erklären.
15. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Fonds und Legate im Gemeindevermögen daraufhin zu überprüfen und zu berichten ob deren Verwendungszweck bzw. deren Verwendungseinschränkung (Kapitalverzehr) der Mittelverwendung entgegensteht, bzw. noch sachgerecht ist.
16. Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen und bis Ende 2023 zu berichten, welche Massnahmen die Gemeinde Binningen zu unternehmen hat, um Vorsteuerabzüge bei den anstehenden Investitionen geltend machen zu können.
17. Die von der GRPK vorgebrachten und vom Einwohnerrat verabschiedeten Anträge sind zukünftig in die Geschäftsdatenbank aufzunehmen und über deren Behandlungsfortschritt im Rückständebericht jährlich zu berichten.

Traktandum 4

Nr. 204A/XII

Kabelnetz, Strategie und Verkauf

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP führt aus, die Grüne/EVP bedanke sich beim Gemeinderat für die sorgfältige Prüfung, wie man mit dem gemeindeeigenen Kabelnetz weiterfahren soll. Die Schlussfolgerungen und Begründungen sind nachvollziehbar. Alle Bedenken aus dem damaligen Bericht der Spezialkommission Kabelnetz, z.B. der Hinweis auf die rasante Entwicklung der Technik bei den Angeboten auf dem Markt, der parallele Ausbau des Glasfasernetzes durch die Swisscom und v.a. die geänderte Mediennutzung der Bevölkerung wurden aufgenommen. Es ist nichts Neues und es wird immer schwieriger. Ein Gemeinwesen ist für derart schnelle Veränderungen nicht gut geeignet, es ist viel zu träge. Die Grüne/EVP wird den Anträgen 1 und 2 zustimmen.

Bei Antrag 3 ist die Fraktion gegen eine Einlage als Ertrag ins Verwaltungsvermögen. Schon bei der Diskussion zum Erlös des Wärmeverbundverkaufs WBA hat die Mehrheit des Einwohnerrats die Einspeisung des Verkaufserlöses in die laufende Rechnung als Verpuffung dieses Geldes angesehen. Soweit möchte die Rednerin nicht gehen. Aber mit dem Ertragsüberschuss 2022, welcher in die laufende Rechnung fliesst, sollte die Gemeinde Binningen alle zukünftigen Rechnungen bezahlen können. Die Fraktion ist auch dieses Mal der Meinung, dass das Geld z.B. im Energiefonds besser und v.a. nachhaltiger für die ganze Gemeinde und die Steuerzahler/innen wirken kann. Der Antrag liegt dem Präsidenten vor. Dieser lautet wie folgt: «Die Spezialfinanzierung wird auf das nächste Jahresende nach der Übergabe aufgelöst (vorgesehen auf 31.12.2024). Der verbleibende Saldo der Spezialfinanzierung wird an den Energiefonds übertragen.» Die Fraktion bittet die Anwesenden, dem Antrag zu folgen.

Hubert Steffen, SVP dankt namens der SVP der zuständigen Gemeinderätin für den Bericht. Grundsätzlich ist die Fraktion mit dem Inhalt und dem Verkauf des Kabelnetzes einverstanden. Aus Sicht der SVP ist das Geschäft aber nicht klar dokumentiert, was zu Fragen führt. Warum kann die Improware AG die Nutzung des Kabelnetzes besser und profitabler betreiben trotz der Konkurrenz der Swisscom, als die

Gemeinde Binningen mit einer offenbar veralteten Technologie (z.B. fehlendes Glasfasernetz)? Für die Improware AG muss es immer noch ein sehr gutes Geschäft sein, ansonsten würde der Anbieter das Kabelnetz nicht kaufen. Im Jahr 2022 sind Einnahmen in der Höhe von rund 1,22 Mio. Franken ausgewiesen. Vertragsdetails werden nicht offengelegt. Was war der Inhalt der Ausschreibung für den Verkauf? Diese Details würden der Vertraulichkeit unterliegen. Warum erhält der Gutachter Einblick in die Vertragsdetails? Wurden alle Möglichkeiten auf dem Markt ausgeschöpft?

Offenbar ist eine Kaufofferte vorhanden. Warum wird diese Offerte dem vorliegenden Geschäft nicht beigelegt? Welche Auswirkungen hat der Verkauf des Kabelnetzes, wenn zahlreiche Nutzer schon vor der definitiven Übernahme den Anbieter wechseln oder abspringen? Seit dem Jahr 2016 sind die Abonentenzahlen stets rückläufig. Würde der Verkauf auch dann in Betracht gezogen werden? Was ist der Grund, warum der Gemeinderat keine vollständige Transparenz zu diesem Verkauf des Kabelnetzes liefert? Die kostenlose Nutzung der Gemeinde Binningen über 15 Jahre ist sicher nicht kostenlos, was sich sicherlich in einem tieferen Verkaufspreis niederschlägt. Wie hoch ist der Mietertrag für die Nutzung des Hubraums im Gemeindegebäude? Wurde eine Due Diligence vorgenommen? Es wurde viel geschrieben und erklärt, aber die massgebenden Dokumente fehlen aus Sicht der SVP, um den Kaufpreis plausibilisieren zu können.

Zur Auflösung der Spezialfinanzierung: Die Einnahmen und Ausgaben des Kabelnetzes sind zweckgebunden. Im Reglement über das Kabelnetz der Gemeinde Binningen vom 28. Juni 2021 sind keine Bestimmungen vorhanden, was mit den Geldern bei einem allfälligen Verkauf passiert. Aus Sicht der Fraktion gehören diese Gelder den Nutzern und stehen damit nicht der Gemeinde Binningen zu. Für eine allfällige Rückzahlung müsste eine Rückzahlungsregelung getroffen werden, z.B. nach Benutzungsdauer der Abonnenten des Kabelnetzes. Besteht für die Auflösung der Spezialfinanzierung Kabelnetz eine rechtliche Grundlage, dass die Gelder als ausserordentlicher Ertrag der Gemeinde Binningen zufließen? Was z.B. für die Gemeinde Reinach zutreffen mag, muss nicht unbedingt auch für Binningen zutreffen. Die vorhandene Vorlage wirft aus Sicht der SVP mehr Fragen auf, als der Inhalt der Vorlage beantwortet. Aus diesen Gründen kann die Fraktion dem Verkauf, der Aufhebung des Kabelnetzreglements und der Auflösung der Spezialfinanzierung nicht zustimmen.

Karl J. Heim, Mitte/GLP bedankt sich im Namen der Mitte/GLP für die präzisen Unterlagen, die sie zu diesem Geschäft erhalten haben. Um es vorweg zu nehmen: Die Fraktion stimmt dem vorgeschlagenen Verkauf zu und zwar mit folgenden Argumenten. Erstens gibt es die rasante technologische Entwicklung. Niemand weiss wie lange, oder nur aufgrund von groben Schätzungen, die Gemeinde Binningen die Infrastruktur eines effizienten Kabelnetzes weiterbetreiben, instand halten, reparieren und auch erweitern kann. Zweitens ist es klar, dass staatspolitisch gesehen die Gemeindeautonomie einen sehr hohen Stellenwert haben muss. Nur, was subsummiert man alles unter der Etiketle «Gemeindeautonomie» und welche Aufgaben sind es nicht? Man müsste Kaffeersatz lesen um zu sagen, dass das Betreiben eines Kabelnetzes durch die Gemeinde als eine obligatorische oder sogar als eine Kernaufgabe zu bezeichnen ist, obwohl man nicht annehmen muss, dass die Fixtelefonie, die mit dieser Technologie funktioniert, die Mobiltelefonie verdrängen wird. Beides ist nötig. Man weiss es einfach nicht. Hinzu kommt, dass man beim Kabelnetz, wenn man betriebswirtschaftlich argumentiert, kaum von einer «Cash Cow» reden kann. Dafür sind die Betriebskosten und die zu erwartenden Aufwände sicher zu hoch. Unter diesen Prämissen erachtet die Fraktion einem Verkauf zum offerierten Preis von 3,9 Mio. Franken als eine gute Möglichkeit und eine passende Variante für das weitere Vorgehen. Die Mitte/GLP stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu diesem Verkauf zu. Dies hat letztlich auch den Vorteil, dass sich die Gemeinde Binningen wieder ein Stück mehr um ihre Kernaufgaben kümmern kann, wozu sicher Ausbildung, Soziales und auch Bau gehören.

Ralph Büchelin, SP spricht auch seitens der SP den Dank für den vorliegenden Bericht aus. Ein Antrag der Spezialkommission (SpezKo) vom Juni 2021 war, eine Strategie für das Kabelnetz auszuarbeiten. Mit dem aktuellen Geschäft und Bericht liegt nun diese Strategie der Gemeinde vor und sie mündet in einen

Verkauf. Grosse Fragen in der SpezKo Kabelnetz waren: Soll man das Kabelnetz behalten? Soll man es moderieren? Oder soll man es verkaufen? Die Firma Swisscom ist laufend daran, Glasfaserkabel in die Haushalte zu ziehen. Glasfaser ist eigentlich der einzig richtige Weg, um die gestiegenen Anforderungen der Kunden in Sachen Geschwindigkeit und Datenmenge zu befriedigen. Würde Binningen in Eigenregie das Kabelnetz auf Glasfaser umrüsten, käme sie dies auf ca. 20 Mio. Franken zu stehen. Es müssten in der Gemeinde auch personelle Ressourcen geschaffen werden, um das Kabelnetz zu betreuen. Dies alles ist eine Schuhnummer zu gross für Binningen und wie gesagt mit erheblichen Kosten verbunden. Daher ist ein Verkauf sinnvoll. Der jetzige Provider Improware würde das Kabelnetz für 3,9 Mio. Franken übernehmen und betreiben. Hier stellt sich die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen der Improware und der Swisscom aussieht. Kann Improware die Glasfaser-Infrastruktur der Swisscom nutzen? Er würde es begrüßen, wenn der Gemeinderat dies noch beantworten könnte. Ansonsten stimmt die SP einem Verkauf des Kabelnetzes zu und befürwortet auch Antrag 2 und den Antrag der Grünen/EVP zur Überweisung des Erlöses in den Energiefonds.

Thomas Häfele, FDP bedankt sich namens der FDP bei der zuständigen Gemeinderätin für den ausführlichen und konzisen Bericht über die Zukunft des Kabelnetzes. Er bittet die Anwesenden, etwas zurückzublicken. Der Einwohnerrat hat im Juni 2017 der GRPK den Auftrag erteilt, die Vorgänge rund um die ausserordentliche Kündigung des InterGGA Aktionärsbindungsvertrags zu untersuchen, nachdem es einen aussergerichtlichen Vergleich zwischen den Parteien gegeben hat. Basierend auf dem Bericht der GRPK hat der Einwohnerrat im Mai 2018 den Gemeinderat beauftragt, das GGA-Reglement zu revidieren als auch einen Bericht über den zukünftigen Betrieb des Kabelnetzes zu erstellen. Bereits im Bericht der GRPK im Mai 2018 war die Option des Verkaufs des Kabelnetzes ein Thema. Nochmals zwei Jahre später im Juni 2020 wurde das Geschäft «Totalrevision GGA-Reglement» vom Einwohnerrat an eine SpezKo überwiesen. Nochmals ein Jahr später hat die SpezKo im Jahr 2021 den Gemeinderat beauftragt, eine umfassende Strategie zu erarbeiten. Heute, zwei Jahre später, im August 2023 liegt dem Rat endlich der Bericht und die Strategie vor und die FDP bedankt sich herzlich dafür.

Das Kabelnetz Binningen hat in den letzten 47 Jahren hervorragende Produkte zu fairen Preisen angeboten. Mittelfristig ist das Netz aber den Bedürfnissen der Nutzer nicht mehr gewachsen und ein Vollausbau zu Lichtleiter wäre zwingend notwendig. Allerdings macht es nach Meinung der Fraktion keinen Sinn, einen zweistelligen Millionenbetrag an Steuergeldern in einen Glasfaserausbau zu investieren. Wie im Gutachten erwähnt gehört Binningen weder ein Strom-, Wasser- noch Gasleitungsnetz und es gibt daher keine Synergien. Zweitens ist uns die Swisscom nicht nur ein bis zwei Schritte, sondern viele Jahre voraus. Eine Investition in zwei parallele Glasfasernetzwerke wäre auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Dies wird im Gutachten ebenfalls erwähnt. Dazu noch eine kleine Referenz nach Basel-Stadt: Der Grosse Rat in Basel-Stadt hat bereits 2011 den Bau eines flächendeckenden Glasfasernetzes beschlossen. Also schon vor einer Ewigkeit. Die FDP ist einig mit dem Gemeinderat und dem Gutachten, dass das Binninger Kabelnetz verkauft werden soll. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat, dass er bereits eine Ausschreibung des Verkaufs gemacht und Verkaufsgespräche mit interessierten Käufern durchgeführt hat. Es ist etwas erschreckend, dass von ursprünglich fünf Kaufinteressenten nur gerade ein Unternehmen ein Kaufangebot eingereicht hat. Wahrscheinlich ist es auch illusionär zu hoffen, dass plötzlich ein weiterer, weisser Ritter auftritt oder sich die Situation im Telekommunikationsmarkt grundlegend ändern könnte. Daher: Je eher das Netz verkauft wird, desto besser. Die FDP wird allen Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts. Nach dem Bericht der SpezKo wäre für sie alles andere ehrlicherweise auch eine Überraschung gewesen. Es gibt einige Fragen der SVP. Akustisch hatte die Votantin etwas Mühe. Sie versucht aber, das zu beantworten, was sie verstanden hat. Man muss vielleicht vorausschicken, dass man sich hier in einem Bereich befindet, in welchem die Gemeinde keinen gesetzlichen Auftrag hat. Man ist also privatrechtlich unterwegs und mit einem privatrechtlichen Anbieter in Verhandlung. Die Improware, welche die Offerte als einzige von letztlich vier angefragten Firmen eingereicht hat, hat verlangt, dass die Offerte nicht publik gemacht

wird. Das hat die Gemeinde zu respektieren. Die Improware ist weiterhin in diesem Bereich am Markt. Daher ist es auch nachvollziehbar, dass sie ihr Kostenmodell nicht offenlegen möchte. Aber am Ende gibt es pro Anschluss einen Betrag, der sich Stand heute auf die Summe von 3,9 Mio. Franken aufsummiert. Wenn nun in Scharen Leute davonlaufen, dann gibt es am Schluss einfach weniger. So viel zum Thema Transparenz. Der Gemeinderat hat so viel transparent gemacht, wie er irgendwie konnte. Dass die Offerte nicht offengelegt werden konnte, liegt wie gesagt daran, dass es ein privater Anbieter ist, der das Recht hat, dass man sein Angebot nicht öffentlich verhandelt.

Es gab noch die Frage bzgl. der Verwendung des Verkaufserlöses, dass man hier eine Rückzahlung an die Kunden machen möchte. Das Geld in der Spezialfinanzierung wurde über mehrere Jahre angespart. Es haben Leute einen Beitrag geleistet, die schon längst nicht mehr in Binningen wohnen. Daher ist es schlicht nicht machbar, hier auf all die Jahre zurück herauszufinden, wer welchen Anteil an diesem Geld in der Spezialfinanzierung geleistet hat und entsprechend eine Rückzahlung zu machen. Dass die Auflösung der Spezialfinanzierung zugunsten der Erfolgsrechnung gemacht wird, dass es als ausserordentlicher Ertrag eingebucht wird, ist nicht nur in der Gemeinde Reinach so, sondern im ganzen Kanton. Es sind Abklärungen, die man bei der Abteilung Gemeindefinanzen des statistischen Amtes gemacht hat und die letztlich auf der Gemeindefinanzverordnung fussen, die für alle Gemeinde im Kanton Baselland gilt. Es war also keine Reinacher Lösung, sondern es ist eine Baselbieter Lösung und an diese muss sich auch Binningen halten.

Eine weitere Frage betraf die Nutzung der Fasern der Swisscom. Die Wettbewerbskommission (WEKO) hat die Swisscom verpflichtet, die Fasern den anderen Anbietern zur Verfügung zu stellen. Dieser Entscheid ist nach Wissen der Rednerin letztinstanzlich noch nicht rechtskräftig entschieden. Aber sobald das so ist und im Sinn des Entscheids der WEKO ausfällt, wird die Swisscom eine der fünf Fasern zur Verfügung stellen müssen. Die Gemeindepräsidentin a.i. geht davon aus, dass die Improware dann eine dieser Fasern nutzen wird. Aber das ist dann Gegenstand der Verhandlung zwischen der Swisscom und der Improware. Es ist aber sicher nicht anzunehmen, dass die Improware ein paralleles Glasfasernetz aufbauen wird. Das wird auch sie sich nicht leisten können, zumal wenn sie für das Netz auch noch einen Kaufpreis zahlen muss. Sie hofft, sie habe damit die meisten Fragen beantwortet. Zum Schluss vielleicht noch eine Bemerkung zum Antrag der Grünen/EVP, dass man den Erlös dem Energiefonds zuweist. Die Rednerin persönlich findet dies einen sehr guten Vorschlag, zumal der Energiefonds nicht mehr ganz so viel Geld enthält wie nach dem Verkauf der WBA. Die Gemeinde ist aktuell daran, die Energiestrategie zu überarbeiten und an die veränderten Verhältnisse anzupassen und würde diese dann dem Einwohnerrat vorlegen. In diesem Zusammenhang wollte man, der Entscheid des Gemeinderats dazu ist noch nicht gefällt, diese Frage sicher auch diskutieren.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte kurz eine Frage stellen. Redet man beim Antrag der Grünen wirklich vom Ertrag des Verkaufs oder einfach von dem, was schlussendlich in der Spezialfinanzierung übrig bleibt? Die ist ja auch positiv. Das sind zwei unterschiedliche Vorgänge bei der Auflösung der Spezialfinanzierung bzw. dem Verkauf. Nach Meinung des Votanten wäre es sinnvoll, nochmals genau miteinander anzuschauen, was wie behandelt werden muss. Vielleicht hat man dafür auch noch etwas Zeit. Dass man das Bärenfell nicht verteilt, bevor der Bär wirklich erlegt ist. Das würde er empfehlen. Nicht, weil er nicht auch gewisse Sympathien dafür hat, den Binninger Einwohnern das Geld, das sie angespart haben, auf die eine oder andere Weise wieder zurückzugeben. Aber man muss auf der einen Seite der übergeordneten Rechtsordnung nachkommen und sich auf der anderen Seite überlegen, wie man es macht, dass alle, die hier einbezahlt haben, eine Chance haben, also dass man es möglichst breit zurückgeben kann. Sein Antrag wäre, dass man nun nicht einfach schnell etwas annimmt, weil man es sympathisch findet, bei dem man nachträglich sagen muss: «So geht es doch nicht.»

Thomas Hafner, Mitte/GLP möchte wissen, ob der Rat entscheiden könnte, das Geld in den Energiefonds zu überweisen oder ob man es nun einfach ins Verwaltungsvermögen übertragen muss. Das ist ihm noch nicht klar. Er hat sich aber aus einem anderen Grund gemeldet. Als ehemaliger Präsident der

SpezKo «Kabelnetzreglement» ist er heute froh, dass damals nicht nur das Reglement erarbeitet wurde, sondern dass man auch hart umkämpft eine Strategie gefordert hat. Er weiss, dass dies vor zwei Jahren bei vielen Leuten nicht nur auf Begeisterung gestossen ist. Er dankt dem Gemeinderat sehr, dass er diese Strategie und vor allem auch die Richtungsänderung zu einem Verkauf dem Einwohnerrat vorgelegt und ermöglicht hat.

Präsident Roman Oberli, SVP hat eine kurze Rückfrage an Christoph Maier. Hat er es richtig verstanden, dass er den Antrag stellt, heute nicht über Antrag 3 abzustimmen? Oder wie lautet der Antrag genau?

Christoph Daniel Maier, FDP: Genau. Man sollte nicht über die Verwendung der Mittel reden, die man noch nicht hat. Er fände es sinnvoll, wenn dazu vielleicht auch noch ein paar rechtliche Abklärungen gemacht werden könnten. Es geht nicht nur um die Auflösung von dem, was in der jetzigen Spezialfinanzierung enthalten ist, sondern wie von den Grünen zumindest gemeint, um den Verkaufserlös. Dies kam beim Antrag der Grünen etwas durcheinander. Er fände es am besten, wenn man heute weder über das eine noch das andere abstimmen würde – es besteht keine Notwendigkeit, dass man dies tut –, sondern dass man sich nochmals Gedanken darüber macht. Das wäre sein Antrag, d.h. nicht über den Antrag abzustimmen. Man kann ihn auch einfach ablehnen und dann, wenn man etwas näher dran ist oder das Geschäft abgeschlossen ist, tatsächlich vielleicht mit einer vernünftigeren Lösung nochmals kommen.

Der Präsident versteht den Antrag als Ordnungsantrag, der zu einem Unterbruch der Diskussion führt. Er möchte daher über diesen Ordnungsantrag, dass heute nicht über Punkt 3 abgestimmt wird, abstimmen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP hat sich vorhin noch gemeldet, damit sie eine Antwort geben kann. Vielleicht hätte ihre Fraktion auch noch einen anderen Vorschlag, anstatt einfach einen Ordnungsantrag zu stellen. Sie könnte sich auch zum Betrag äussern. Soll der Antrag wirklich als Ordnungsantrag behandelt werden?

Christoph Daniel Maier, FDP verneint die Frage durch Kopfschütteln.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP erklärt, so wie der Bericht lautet, geht der Verkaufserlös direkt in die Spezialfinanzierung. Der Totalbetrag, der danach darin enthalten ist, inkl. Verkaufserlös würde in die normale Rechnung gehen. Das möchte ihre Fraktion nicht. Es würde sich um den Verkaufserlös plus den Saldo der Spezialfinanzierung handeln. Das ist der Betrag, den die Grünen/EVP bei ihrem Antrag im Kopf hatten. Die Fraktion ist aber auch einverstanden damit, noch zuzuwarten und heute noch nicht über Antrag 3 abzustimmen. Das kann gerne zurückgestellt werden. Es soll ja auch seriös gemacht werden. Es geht doch um mehrere Millionen Franken. Aber den Betrag einfach in die Rechnung fliessen zu lassen und sonst irgendetwas damit zu machen, dazu würden die Grünen/EVP nicht Hand bieten. Eine andere Lösung oder zumindest einen Teil in den Energiefonds zu überweisen, fänden sie richtig. Es kommt noch hinzu, dass die Gemeinde bereits heute auf den öffentlichen Anlagen sehr, sehr viel Strom produziert. Es sind gut isolierte öffentliche Anlagen. Die Minderkosten, die diese Gebäude bzw. diese öffentlichen Anlagen erzeugen, sind danach auch in der Rechnung. Das ist ein Teil, der den Steuerzahlern wieder zugutekommt. Es ist im weitesten Sinn auch eine Rückzahlung resp. die Steuerzahler haben auch etwas davon. Das war auch der Sinn, weshalb ihre Fraktion das Geld dem Energiefonds zuweisen möchte. Das käme der breiten Bevölkerung zu Gute. Ob man Antrag 3 nun zurückstellt, da kann ja vielleicht noch ein Vorschlag dazu kommen. Heute muss nicht darüber abgestimmt werden.

Daniel Zimmermann, FDP könnte sich bei Antrag 3 durchaus vorstellen, dass man dies dem Gemeinderat als Auftrag gibt. Er soll eine separate Vorlage machen über den Verwendungszweck dieses Gelds. Dann hätte man die Diskussion heute Abend erledigt.

Thomas Häfele, FDP äussert, bei der Rechnung wurde der Auftrag an den Gemeinderat erteilt, dass er bitte prüfen soll, inwieweit die Fonds zusammengefasst oder allenfalls anderweitig genutzt werden können. Er ist dagegen, dass man jetzt Fonds, egal welcher Fonds das nun ist, weiter äufnet. Die Anwesenden kennen den genauen Betrag nicht, der in diesen Fonds fliessen soll. Sie wissen nicht, wieso es in diesem neuen Fonds einen spezifischen zusätzlichen Bedarf gibt. Es ist nicht klar, wie, wann und für was die zusätzlichen Fondsmittel verwendet werden sollen. Daher ist der Votant dagegen, dass der Rat die Spezialfinanzierung oder auch den Verkaufserlös irgendeinem Fonds zuschreibt, egal welchem. Wenn der Rat findet, dass der Energiefonds oder ein anderer Fonds aufgestockt werden muss, dann kann man dies allenfalls über ein Postulat oder ein anderes Mittel machen. Ohne zu wissen, wieviel, für was und wieso, findet er es etwas seltsam, dass man das Geld nun einfach einem Fonds zuweist.

Christoph Daniel Maier, FDP stellt einen konkreten Antrag. Bei Antrag 3 ist der erste Satz an und für sich unbestritten: «Die Spezialfinanzierung wird auf das nächste Jahresende nach der Übergabe aufgelöst (vorgesehen auf 31.12.2024).». Anstatt, dass man dann im zweiten Satz bereits sagt, was mit dem Geld passieren soll, soll es einen vierten Antrag geben. Dieser würde wie folgt lauten: «Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat einen Vorschlag über die Verwendung des ausserordentlichen Ertrages vor.». Dann haben alle etwas Zeit, um es genauso zu machen, dass es schlussendlich formell stimmt und den Zielsetzungen, die die Anwesenden vermutlich teilen, entspricht. Es geht nicht um Steuereinnahmen. Es sind Gebühren, die eigentlich denjenigen gehören, die sie einbezahlt haben. Man muss eine vernünftige Form finden, wie man es der Bevölkerung wieder zurückgeben kann. Vielleicht kann man zusammensetzen, um hierfür eine vernünftige Lösung zu finden. Das wäre der Weg.

Der Präsident bittet Christoph Daniel Maier, seinen Antrag schriftlich einzureichen.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP wollte der Einfachheit halber den Antrag stellen, dass der Gemeinderat mit dem Einverständnis des Einwohnerrats, Antrag 3 zurückzieht und im Sinne der Diskussion neu vorlegen würde. Es scheint ihr fast die einfachste Lösung.

ABSTIMMUNG

Rückzug von Antrag 3 durch den Gemeinderat: Einstimmig JA (Abstimmung 20)

://: Antrag 3: «Die Spezialfinanzierung wird auf das nächste Jahresende nach der Übergabe aufgelöst (vorgesehen auf 31.12.2024). Der verbleibende Saldo der Spezialfinanzierung wird dabei als ausserordentlicher Ertrag ins Verwaltungsvermögen übertragen.» wird vom Gemeinderat zurückgezogen.

Antrag 1 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 21)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 22)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst den Verkauf des Kabelnetzes.

://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Aufhebung des Kabelnetzreglements vom 28. Juni 2021 auf den Übernahmezeitpunkt des neuen Kabelnetz-Betreibers (vorgesehen auf 31.12.2024).

Rückständebericht 2023

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Jürg Blaser, SVP teilt mit, die SVP nehme den Rückständebericht 2023 zur Kenntnis. Sie fragt sich jedoch, weshalb in diesem Bericht immer noch Postulate aus dem Jahr 2009 auftauchen wie z.B. die Tramverbindung «Kronenplatz – Bahnhof SBB» oder der «Gundeli-Tunnel». Bestehen dazu entsprechende Weisungen?

Karin Glaser, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens der Grünen/EVP für den vorliegenden Bericht. Die Begeisterung der Fraktion ist mässig. Der Bericht, also eigentlich die noch vorhandenen Vorstösse sind schlicht zu viele und haben einen zu grossen Umfang. Es sind auch uralte Postulate im Bericht enthalten. Das in der Vorlage beschriebene Tram bleibt Binningen nach Rückfrage erhalten. Das ist eine 14jährige Sache. Ein Gundeli-Tunnel ist beschrieben. Der Vorstoss ist so alt, wenn das wieder auf den Tisch kommt, sieht es sowieso wieder anders aus. Auch dies eine 14jährige Sache. Die Rednerin findet, man könnte dies streichen. Sie fragt sich, wieso es noch im Bericht enthalten ist. Die Grünfläche beim Pestalozzi Schulhaus hat sich erledigt. Dort wird jetzt gebaut. Auch dies eine 14jährige Sache. Was ihre Fraktion etwas merkwürdig fand, war das Postulat Nr. 146 (Punkt 10): «Clean-Up-Day». Dieser hat vor drei Jahren stattgefunden. Nicht, dass die Grünen das, was passiert ist, überzeugt hätte, aber es ist auch bereits lange vorbei. Bei Punkt 22 «Blumenstrasse» steht, der Bericht könne im Sommer 2023 erwartet werden. Wann ist der Sommer 2023? Punkt 23 «Grünabfuhr» wurde angenommen. Wieso ist das Postulat hier noch aufgeführt? Die Grünen/EVP haben einen Antrag zur Ergänzung der Beschlüsse zum Rückständebericht 2023 mit folgendem Wortlaut eingereicht: «Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, zukünftig im Rahmen des Rückständeberichts die Abschreibung von Vorstössen zu beantragen, welche älter als fünf Jahre sind und nicht mehr aktuell sind (z.B. Rahmenbedingungen haben sich geändert, Fragestellung wird erst in vielen Jahren wieder aktuell, es besteht aktuell kein Interesse mehr).». Der Rückständebericht ist aus Sicht der Fraktion schlicht zu umfangreich.

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, die FDP nehme den Rückständebericht einmal mehr zur Kenntnis. Die Fraktion stellt fest, dass in der Abarbeitung resp. Umsetzung der politischen Aufträge nicht viel gelaufen ist. Bei sehr vielen Geschäften wird darauf hingewiesen, dass sie irgendwann im Rahmen von grösseren Betrachtungen später umgesetzt werden müssen. Das Beispiel ist die Totalrevision der Gemeindeordnung im Zusammenhang mit dem politischen Thema «Komitee-Beitritte Einwohnerrat». Wenn alles, was der Einwohnerrat mit einem parlamentarischen Auftrag an den Gemeinderat gibt, immer in einem grösseren Zusammenhang gesehen wird, wird es langsam sehr unverständlich. Viele Überweisungen hätte der Gemeinderat schon längst mit einer Vorlage ins Parlament bringen können. Durch das Vorgehen des Gemeinderats werden wichtige Themen in der Umsetzung verzögert oder blockiert. Jedes Jahr wird dies im Rahmen der Kenntnisnahme des Rückständeberichts von den Fraktionen festgestellt. Der Gemeinderat setzt es aber anscheinend nicht um. Die FDP nimmt den Rückständebericht mit einem Eindruck von Unmut zur Kenntnis und ist mit den inhaltlichen Argumentationen bei vielen Geschäften nicht ganz glücklich.

Thomas Hafner, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Zusammenstellung des Rückständeberichts. Seine Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Dem Antrag 2, das Postulat Nr. 52 (Position 23) als erledigt abzuschreiben, stimmt sie zu. Mit dem Rückständebericht liegt wie jedes Jahr ein separater Bericht des Gemeinderats vor, über die vom Einwohnerrat überwiesenen, noch nicht bearbeiteten Postulate und Motionen. Bis ins Jahr 2015 wurden im Rat im Rahmen des Rückstän-

deberichts auch Vorstösse abgeschrieben. Der Einwohnerrat hat sich in seiner Sitzung vom 20. Juni 2016 im Grundsatz gegen eine Abschreibung von Vorstössen im Rahmen des Rückständeberichts ausgesprochen. Aus diesem Grund ist es absolut nachvollziehbar, dass der Gemeinderat seit dem Jahr 2017 keine Vorschläge mehr zur Abschreibung von bereits veralteten und nicht mehr aktuellen Vorstössen macht. Wer mehr dazu wissen möchte, kann dies im Protokoll der damaligen Einwohnerratsitzung nachlesen.

Die heutige Situation aus der damals etwas speziellen Diskussion mit einem etwas ungewöhnlichen Ausgang und diesen Folgen war nicht zielführend und seiner Meinung nach falsch. Der Redner findet, der Einwohnerrat sollte den momentanen Zustand wieder aufheben. Zurzeit ist die Liste auf 28 nicht erledigte Vorstösse angewachsen. Das ist viel zu viel. Es erstaunt nicht, dass die Geschäfte zum Teil so alt sind. Die Ältesten sind aus dem Jahr 2009 und kaum mehr aktuell. Ca. 10 Vorstösse sind noch aus der letzten Legislaturperiode. Die Mitte/GLP ist der festen Überzeugung, dass dieser Abschreibungsstau heute aufgehoben werden muss seitens des Einwohnerrats durch die Aufhebung der momentanen Praxis seit 2016 und seitens Gemeinderat und Verwaltung durch eine höhere Behandlungsfrequenz, auch wenn es viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen könnte, sofern die Geschäfte etwas schwierig und komplex sind. Der Votant möchte sich noch zu den Positionen 1 und 2 äussern. Seine Fraktion will jetzt und heute signalisieren, dass die beiden alten Vorstösse der CVP aus dem Jahr 2009 sicher nicht mehr aktuell sind und ohne Weiteres abgeschrieben werden können. Aktuelle neue Vorstösse können jederzeit wieder eingegeben werden. Dem bereits im Juni erhaltenen, von Thomas Schwarb ausformulierten Antrag zu Geschäft 163 stimmt die Fraktion zu.

Simone Abt, SP schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat für den Rückständebericht an, welcher in gewünschtem Mass ausführlich und informativ war. Er enthält keine Abschreibungsanträge mehr, weil sich der Einwohnerrat 2016 gegen Pauschalabschreibungen zur Wehr gesetzt hat. Die Votantin schliesst nicht aus, dass es bei dieser ganzen Sache ein gewisses Missverständnis gegeben hat. Der Gemeinderat hat es so empfunden, dass das Parlament ihm verbiete, Abschreibungsanträge zu stellen. Sie glaubt, der Rat habe dies nicht ganz so gemeint. Man wollte nur nicht, dass im grossen Stil auch Vorstösse, die nicht zur Zufriedenheit des Rats beantwortet wurden einfach zur Abschreibung vorgelegt werden. Praktisch aus Prinzip. Item. Das Ganze hat zu einer Art Zuständigkeitslücke geführt – Wer schreibt nun ab? –, denn es muss abgeschrieben werden. Der Rat wird darüber entscheiden müssen, wie man hier vorgehen möchte. Verschiedene Bestrebungen sind schon im Gange, welche die SP durchaus auch unterstützt. Die Fraktion hat sich noch etwas genauer über ihre eigenen Geschäfte gebeugt. Das haben sie so wie die Mitte gehalten. Sie haben Antrag eingereicht, dass die Positionen 3, 4, 11 und 16, allesamt von der SP und allesamt von einem gewissen Alter und einer schwindenden Aktualität, abgeschrieben werden können. Die Fraktion bittet die Anwesenden, den Antrag zu unterstützen. Wenn es bei der Mitte auch so läuft, dann sind es schon sechs Vorstösse weniger. Man hätte also nur noch 22, anstelle von 28 Vorstössen. Und vielleicht findet man auf nächstes Jahr hin eine Lösung, dass man sich gemeinsam auf Abschreibungen einigen kann.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP ist froh, dass Thomas Hafner auf den früheren Beschluss des Einwohnerrats hingewiesen hat. Daran hat sich der Gemeinderat letztlich gehalten. Wenn sich an dieser Regelung aber etwas ändern sollte gemäss dem Antrag der Grünen/EVP, dann ist der Gemeinderat der Letzte, der etwas dagegen hat. Wenn man heute sechs Vorstösse abschreiben kann und zudem beschliesst, dass man wieder zur alten Praxis zurückkehrt, dann kann der Gemeinderat eine separate Vorlage erstellen mit weiteren Vorstössen zur Abschreibung. Die letztjährige Diskussion um den Rückständebericht und die diesjährige Diskussion geben einen guten Hinweis, was man in einer Vorlage zur Abschreibung vorschlagen könnte. Der Gemeinderat wehrt sich überhaupt nicht dagegen. Er macht dies sehr gerne. Den Vorwurf der FDP, dass der Gemeinderat Geschäfte nicht erledigt und Sachen verzögert, kann die Votantin nicht ganz nachvollziehen. Sie hat in diesem Zusammenhang auch das Thema «Gemeindeordnung» gehört und erlaubt sich den Hinweis, dass diese seit bald vier Jahren in der Spezialkommission hängig ist. Gerade mit Blick darauf muss man dem Gemeinderat nicht vorwerfen, dass er

Sachen verzögern würde. Gewisse Sachen brauchen länger. Aber dass man sagt, der Gemeinderat würde es verzögern, muss sie entschieden von sich weisen.

Sven Inäbnit, FDP ist auf der gleichen Linie, wie es Simone Abt beschrieben hat. Es war ein klarer Entscheid dazumal, dass man es so macht. Man muss auch feststellen, dass man bei gewissen uralten Postulaten im Einwohnerrat mehrfach entschieden hat, diese nicht abzuschreiben, um den politischen Druck aufrecht zu erhalten und dem Gemeinderat den Rücken zu stärken, wenn es dort Diskussionen gibt. Der Redner muss allerdings auch festhalten, dass er sich bei anderen Vorstössen schon fragen muss, wieso der Gemeinderat nicht einfach sukzessiv mit einer Abschreibungsvorlage gekommen ist. Den damaligen Entscheid, die in den Rückständebericht zu nehmen, war nicht auf ewige Zeiten gültig. Da hätte der Gemeinderat durchaus aktiver kommen können und sagen: «Hier hat sich die Situation geändert. Das schreiben wir ab.». Was er hingegen bezweifelt ist, dass der Rat heute Abend einfach ad hoc Abschreibungen machen kann. Der Rückständebericht ist nur eine Kenntnisnahme. Das ist so beantragt. Es wurde nirgends traktandiert, dass über diese Vorstösse Abschreibungen gemacht werden sollen. Der Votant ist der Meinung, man habe dies damals auch diskutiert und gesehen, dass es nicht möglich ist. Aufgrund der Signale, die gekommen sind, wäre er der Meinung, dass der Gemeinderat eine Sammelvorlage machen müsste, in welcher die Abschreibungen aus seiner Sicht kurz begründet sind. Dazu könnte das Parlament anschliessend Stellung nehmen und einzeln darüber abstimmen, anstelle von jetzt ad hoc aus dem Rückständebericht Abschreibungen vorzunehmen, auf die man sich nicht vorbereiten konnte. Es war heute nur eine Kenntnisnahme traktandiert.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP möchte noch eine Erläuterung zum Antrag der Grünen/EVP anbringen. Dieser hat zwei Hürden drin. Erstens wird vorgeschlagen, erst nach fünf Jahren zu prüfen und zweitens, dass der Einwohnerrat darüber befindet. Damit ist man den damaligen Bedenken hoffentlich gerecht geworden, dass man nicht einfach pauschal abschreiben soll, sondern durchaus qualifiziert mit einer Abstimmung, in der man Nein sagen kann und dass es nicht gleich sofort geht. Das wollte er noch ergänzen. Im Weiteren folgt er ebenfalls der Auffassung, dass man nun nicht auf sofortige Abschreibungen der Vorstösse wechseln sollte. Der Antrag an den Gemeinderat sollte seiner Ansicht nach aber möglich sein.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP knüpft an etwas an, was Sven Inäbnit gesagt hat. Die Idee, dass man Vorstösse stehen lässt, um Druck zu erzeugen. Sie glaubt ehrlich gesagt, dass man keinen Druck erzeugt, wenn man alte Vorstösse stehen lässt, sondern dass es viel wirksamer ist, wenn man neue Vorstösse neu lanciert mit aktuellen oder aktualisierten Angaben. Die kann man medienwirksam neu lancieren. Das Stehenlassen von alten Vorstössen hingegen ist eben nicht so medienwirksam. Die Rednerin hat manchmal das Gefühl, man könne mehr Druck erzeugen, wenn man einen Vorstoss immer wieder bringt und dies auch medial immer wieder gut verkauft. Über die Wirkung kann man dann noch diskutieren. Aber die Medienwirksamkeit kann man ihrer Ansicht nach erhöhen, wenn man es immer wieder neu bringt, wie wenn man alte Vorstösse stehen lässt.

Simone Abt, SP stellt die Frage in den Raum, ob es effektiv so ist, dass die Ratsmitglieder nicht beantragen dürfen, jetzt und heute weitere Vorstösse abzuschreiben. Denn ein Vorstoss, das Postulat Frauchiger, wurde dem Parlament vom Gemeinderat bereits zur Abschreibung beantragt. Sie findet, der Einwohnerrat habe schon spektakulärere Zusatzanträge durchgewinkt, als jetzt dieser, ein paar uralte Vorstösse der SP abzuschreiben und zwar wohlverstanden aufgrund eines Antrags der SP selbst. Die Rednerin versteht die Hemmungen hier nicht ganz. Aber sie lässt sich gerne eines Besseren belehren. Wenn es effektiv nicht geht, möchte sie es jetzt hören. Falls es nicht so ist, würde sie ihre vier Anträge stehen lassen. Was die Mitte macht, würde sie interessieren. Man könnte die Liste immerhin um sechs Vorstösse verschlanken. Sie bittet die Anwesenden, sich verführen zu lassen.

Marc Schinzel, FDP macht es dieses Mal ganz kurz. Er hat das Votum der Gemeindepräsidentin a.i. mit Interesse zur Kenntnis genommen. Er wird dies sehr gerne als Anregung in den Landrat mitnehmen.

Dort ist es sehr verbreitet, dass man Vorstösse stehen lässt und weiterführen möchte. Es ist ein guter Tipp, denn man vielleicht auch im Landrat beherzigen könnte.

Thomas Hafner, Mitte/GLP verweist auf Antrag 2 im Rückständebericht. Dort beantragt der Gemeinderat, das Postulat von Peter Frauchiger abzuschreiben. Das kann man ja angehen. Wenn die SP findet, die vier von ihr vorgeschlagenen Vorstösse könnte man auch abschreiben und seine Fraktion würde ihre zwei Vorstösse auch zur Verfügung stellen, dann könnte man dies aus seiner Sicht machen. Aber wenn die Mehrheit des Rats das nicht möchte, kann auch der Gemeinderat später mit einer Vorlage kommen, wo er dies beantragt. Ob man es heute macht oder etwas später, spielt eigentlich keine Rolle. Wichtig ist, dass das Signal angekommen ist, dass sich der Rat von der alten Praxis verabschieden möchte.

Dem Präsidenten liegt der Antrag der SP zur Abschreibung ihrer Vorstösse vor. Wenn die Mitte/GLP möchte, dass über die Abschreibung ihrer Vorstösse ebenfalls abgestimmt wird, müsste der Antrag noch schriftlich eingereicht werden.

Sven Inäbñit, FDP ist dezidiert dagegen, dass man die Vorstösse abschreibt. Es sind Vorstösse, die der Einwohnerrat überwiesen hat. Bevor etwas abgeschrieben wird, muss eine Stellungnahme oder eine Vorlage des Gemeinderats vorliegen, wieso etwas abgeschrieben werden kann. Man kann nicht einfach überwiesenen Vorstösse heute, weil es dem Rat gerade passt und man findet, sie seien nicht mehr aktuell, einfach abschreiben. Sonst müsste man eine ganz klare Deadline haben und sagen: «Ja, dieser Vorstoss ist älter als fünf Jahre, der kann abgeschrieben werden.». Es geht in die Richtung des Antrags der Grünen. Aber sonst einfach Vorstösse ins Blaue hinaus abzuschreiben ohne dass eine klare Beurteilung des Gemeinderats vorliegt, wie es in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats beschrieben wird, das geht einfach nicht. Auch wenn es eine Formsache ist. Er versteht das. Der Redner plädiert dafür, dass sich das Parlament dies vom Gemeinderat beschreiben lässt. Es müssen ja nicht fünfseitige Dokumente sein für jede Abschreibung. Man kann es in einem kurzen Abschnitt begründen. Dann kann der Einwohnerrat es für eine andere Sitzung ordnungsgemäss vorbereiten, allenfalls debattieren und aufgrund der Anträge, die der Gemeinderat dann stellen wird, entscheiden. Der Gemeinderat hat ja gehört, wo es keine Opposition gibt. Diese Vorstösse werden dann sicher aufgelistet.

Daniel Zimmermann, FDP möchte seinen Vorredner absolut unterstützen. Es liegt heute ein Geschäft auf dem Tisch. Traktandiert ist im ersten Punkt eine Kenntnisnahme und im zweiten Punkt eine Abschreibung. Es wird hier über etwas diskutiert, auf das sich die Fraktionen nicht vorbereiten konnten. Seine Fraktion erwartet vom Gemeinderat ein Geschäft, damit klar politisch, inhaltlich nachvollzogen werden kann, was die Überlegungen sind, dass man das Geschäft abschreiben kann. Er möchte nun zur Abstimmung kommen und das Thema beenden.

Für *Thomas Hafner, Mitte/GLP* ist dies unbestritten. Es wurde vorhin gesagt, dass es ein Signal ist. Für seine Fraktion ist dies in Ordnung. Man macht heute das, was beantragt wurde. Der Rest kommt später. Das ist kein Problem.

Simone Abt, SP bittet darum, dass man ihr sagt, wie die Situation ist. Falls es nämlich möglich ist dies hier anzuhängen, sei es als Erweiterung des Antrags 2 des Gemeinderats oder aber als separate Anträge, möchte sie dies aufrechterhalten. Kann man es nicht, dann kann man es nicht. Dann ist es etwas Anderes. Sie möchte es aber gerne wissen. Die Rednerin möchte ihre Anträge nicht einfach zurückziehen, nur weil es der FDP nicht behagt. Das fände sie nicht gut. Sie möchte wissen, wie es effektiv ist, da sie es selbst nicht weiss.

Christoph Daniel Maier, FDP glaubt, man müsse sich überlegen, was mit einem Vorstoss passiert. Er wird dem Gemeinderat übergeben und der Gemeinderat ist aufgefordert, ihn zu behandeln. Der Gemeinderat muss ihn wieder ins Parlament bringen mit einem Antrag. Die FDP möchte an diesem Prozedere festhalten, weil es schlussendlich die unterschiedlichen Aufgaben der Gewaltenteilung berücksichtigt. Man

kann nicht hingehen und sagen: «Das hat nun zu lange gelegen, nun nehme ich es dir wieder weg.». Der Gemeinderat muss sagen, ob er es hergeben möchte oder nicht. Auch im Büro hat man sich kürzlich darüber unterhalten, wie es mit dem Rückzug von Geschäften ist. Sobald es bei der anderen Gewalt ist, hat diese das Verfügungsrecht darüber und das Antragsrecht. Daher würde er es sich an der Stelle von Simone Abt überlegen, ob sie daran festhalten möchte.

Simone Abt, SP ist die Sache nicht so wichtig. Wenn dies so ist, hätte man sich das aber 2015 überlegen sollen. Blockiert, wie man jetzt war. Man hat sich acht Jahr um den heissen Brei gedreht nach dem Motto: «Irgendjemand muss zuständig sein für eine Abschreibung». Sie sieht, dass der Einwohnerrat, bevor der Gemeinderat etwas machen kann, auf seinen eigenen Entscheid zurückkommen und die Blockade, die er installiert hat, aufheben muss. Gut, dann macht man dies so. Dann hebt das Parlament explizit seine eigene Blockade wieder auf, damit der Gemeinderat arbeiten kann.

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP weist hinsichtlich der Frage von Simone Abt auf § 25 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats hin: «Der Einwohnerrat entscheidet über die Abschreibung überwiesener Motionen oder Postulate.».

Thomas Schwarb, Grüne/EVP stellt einen Ordnungsantrag, dass darüber abgestimmt wird, ob über die Abschreibungen abgestimmt wird oder nicht.

ABSTIMMUNG

Der Präsident teilt mit, es handle sich um einen Ordnungsantrag. Dieser hat diskussionsunterbrechende Wirkung. Wer dem Ordnungsantrag zustimmen möchte, dass nicht über den Antrag der SP abgestimmt wird, stimmt «JA», wer möchte, dass später über den Antrag der SP befunden wird, stimmt «NEIN».

Ordnungsantrag Schwarb: 20 JA / 14 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 24)

://: Dem Ordnungsantrag wird zugestimmt. Über den Antrag der SP zur Abschreibung ihrer Vorstösse wird heute nicht befunden.

FORTFÜHRUNG GESCHÄFTSBERATUNG

Karl J. Heim, Mitte/GLP ist der Meinung, man sollte die Voten der FDP unterstützen. Erstens Gewaltenteilung. Diese Argumentation von Christoph Maier stimmt. Zweitens hat es Sven Inäbnit auf den Punkt gebracht. Der Gemeinderat soll doch eine Vorlage präsentieren, wo er stringent begründet, warum welche Vorstösse abzuschreiben sind. Es steht nicht nur die Gewaltenteilung im Vordergrund, sondern es geht auch um den politischen Willen des Parlaments. Das Parlament ist überall, auch beim Bund, die Oberaufsicht über die Verwaltung. Wenn der Gemeinderat etwas hinauszögert und über Jahre keine Stellung nimmt, dann ist dies eine Missachtung des politischen Willens des Parlaments.

Simone Abt, SP findet die Schuldzuweisungen unmöglich. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat selbst gesagt und darüber bestimmt, dass nicht abgeschrieben werden soll. Der Gemeinderat hat sich daran gehalten und nun passt es den Ratsmitgliedern nicht mehr. Es ist am Rat, sich zu bewegen. Nicht der Gemeinderat hat nicht. Der Einwohnerrat hat nicht. Einfach, damit dies klargelegt ist. Sie bittet darum, mit diesen Anschuldigungen aufzuhören. Es ist nicht richtig. Der Gemeinderat hat nicht etwas nicht gemacht. Der Einwohnerrat hat ihm verboten, seiner üblichen Tätigkeit nachzugehen. Der Rat hebt dies auf. Schön, dann kann der Gemeinderat wieder arbeiten.

Christoph Daniel Maier, FDP kann es nicht einfach so stehenlassen. Der Einwohnerrat wollte nicht mehr, dass man den Rückständebericht erhält und dann pauschal darüber abstimmt. Mittlerweile hat man gemerkt, dass es einfach dazu führt, dass man eine lange, lange Liste erhält. Insofern wurde das Parlament als Ganzes gescheitert und möchte, dass der Gemeinderat zu jedem einzelnen rückständigen Geschäft einen Antrag stellt und der Einwohnerrat darüber befinden kann. So einfach ist es.

Sven Inäbnit, FDP wehrt sich gegen die Interpretation von Simone Abt, dass man dem Gemeinderat Fesseln angelegt hat. Bei einer Diskussion irgendwann, vor irgendwievielen Jahren bei irgendeinem Vorstoss wurde gesagt, man lasse ihn stehen. Aber stehen lassen heisst nicht, dass der Gemeinderat danach 10 oder 15 Jahre nichts machen darf. Er hätte längst mit einer Abschreibungsvorlage für diesen Vorstoss kommen können. Der Rat hat dem Gemeinderat keine Fesseln angelegt. Das stimmt einfach nicht. Der Einwohnerrat hat sich selbst Fesseln angelegt, dass er im Rückständebericht nicht abschreiben kann. Aber sonst nicht. Das stimmt nicht. Gegen eine solche Interpretation wehrt er sich dezidiert.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP erklärt, es sei ganz sicher nicht so gewesen, dass man es dem Gemeinderat verboten hat. Sie kann sich noch an die Diskussion erinnern und hat sie auch nochmals im Protokoll nachgelesen. Man wollte die «en globo»-Abstimmungen nicht. Das wurde sehr stark diskutiert. Sie geht mit ihren Vorrednern einig. Einfach so heute ad hoc möchte sie auch nicht über die Abschreibung von drei Vorstössen der CVP und drei der SP entscheiden. Dann muss man rasch diskutieren bei so vielen Vorstössen. In Zukunft wäre es gut, wenn man es wieder mit Vorschlägen machen würde und nicht einfach nur eine Kenntnisnahme über praktisch alle Rückstände. Sie wäre froh, man könnte nun die Kenntnisnahme machen und über den einen Antrag zur Abschreibung abstimmen. Die Votantin hat den Eindruck, der Auftrag sei ganz klar, laut und deutlich beim Gemeinderat angekommen und sie denkt, nächstes Jahr wird es besser.

Marc Schinzel, FDP kann an das Votum seiner Vorrednerin anschliessen und versucht eine Art goldene Brücke in Richtung von Simone Abt zu bauen. Die SP möchte eine gewisse Anzahl ihrer Vorstösse abschreiben und die Mitte eine gewisse Anzahl ihrer. Nun könnte es aber sein, dass plötzlich jemand von der anderen Ratsseite Lust bekommt, einen solchen Vorstoss umzusetzen und nicht abzuschreiben. Dafür muss man eine gewisse Basis haben. Die Vorstellung: Dies ist ein Vorstoss der Mitte und das ist von der SP, also sagen wir, wir schreiben ihn jetzt einfach ab ohne Basis. Das muss nicht so sein. Vielleicht findet seine Fraktion plötzlich Gefallen an den Vorstössen. Diese Chance sollte man dem Ganzen noch geben. Das wäre die goldene Brücke.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme.

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP äussert, wenn er den Diskussionsverlauf und das Abstimmungsergebnis zum Ordnungsantrag berücksichtigt, sollte im Umkehrschluss an dieser Stelle eigentlich auch nicht über Antrag 2 des Gemeinderats abgestimmt werden. Da keine Stellungnahme vorliegt, wäre es nur konsequent, wenn der Rat darüber nicht abstimmen würde. Aber der Antrag liegt vor und es ist am Parlament, darüber zu entscheiden.

Antrag 2: 33 JA / 1 NEIN (Abstimmung 25)

Damit kommt der Präsident zum Antrag der Grünen. Dieser lautet wie folgt: «Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, zukünftig im Rahmen des Rückständeberichts die Abschreibung von Vorstössen zu beantragen, welche älter als fünf Jahre sind und nicht mehr aktuell sind (z.B. Rahmenbedingungen haben sich geändert, Fragestellung wird erst in vielen Jahren wieder aktuell, es besteht aktuell kein Interesse mehr).».

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Rückständebericht 2023 zur Kenntnis.
- ://: 2. Das Postulat P. Frauchiger, FDP: «Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November» (Gesch. Nr. 52, überwiesen am 1.11.2021) wird als erledigt abgeschrieben.
- ://: 3. Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, zukünftig im Rahmen des Rückständeberichts die Abschreibung von Vorstössen zu beantragen, welche älter als fünf Jahre sind und nicht mehr aktuell sind (z.B. Rahmenbedingungen haben sich geändert, Fragestellung wird erst in vielen Jahren wieder aktuell, es besteht aktuell kein Interesse mehr).
-

Traktandum 6

Nr. 172

Totalrevision Mietzinsbeitragsreglement

Präsident Roman Oberli, SVP hat zu Beginn eine Frage an die Einwohnerratsmitglieder. Dem Präsidenten wurden am Freitag vom zuständigen Gemeinderat Lukas Alt die Vorabklärungen des Kantons zugestellt. Er weiss, dass die Information auch den Fraktionspräsidien zugestellt wurde. An dieser Stelle möchte er fragen, ob die neue Version allen Einwohnerräten zur Verfügung steht. Seines Wissens ist sie nicht aufgeschaltet. Da es sich um eine Totalrevision handelt und heute die erste Lesung durchgeführt wird, könnte er ansonsten anbieten, dass er die ergänzenden Punkte vorliest. Es sind zwei Punkte, die der Kanton angemahnt hat. Andererseits kann das Geschäft auch verschoben werden und die Unterlagen werden bis dahin allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Sven Inäbnit, FDP hat die Änderungen gesehen. Sie sind materiell gut nachvollziehbar. Um das Geschäft nicht zu verzögern – es geht ja darum, dass man es auf den 1.1.2024 in Kraft setzen kann – schlägt er vor, eine erste Lesung auf Grundlage der heute vorliegenden Unterlagen durchzuführen. Dann ist es selbstverständlich möglich, dass die beiden Änderungen vom Gemeinderat auf die zweite Lesung hin eingebracht und in der zweiten Lesung, so hofft er, gutgeheissen werden. Das fände er ein pragmatisches Vorgehen, damit das Geschäft nicht verzögert wird.

Simone Abt, SP würde sich dem Vorschlag anschliessen. Es handelt sich sowieso um den Nachvollzug von übergeordnetem Recht innerhalb von sehr engen Schranken. Es gibt nicht beliebig Raum, um sich darin zu bewegen. Sie ist der Ansicht, ein solches Vorgehen würde der Sache nicht schaden.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen geäussert.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sven Inäbnit, FDP erläutert, man befinde sich bzgl. der Totalrevision des Reglements im Zugzwang. Das übergeordnete Recht ändert. Es ist nachvollziehbar, dass das vom Kanton entworfene Musterreglement letztlich auch in Binningen eingeführt wird. Die Anwesenden haben es gelesen. Es geht darum, dass ab dem 1. Januar 2024, wenn ein solches Reglement in Kraft ist, auch mit den Kantonsbeiträgen gerechnet

werden kann. Wenn dies nicht der Fall wäre, müssten diese Beiträge nach wie vor komplett aus der eigenen Finanzierung der Gemeinde stattfinden. So ist man erstens konform mit dem übergeordneten Recht und zweitens auch bereit, Kantonsbeiträge zu empfangen. Insofern sind auch die einzelnen Revisionspunkte schlüssig. Es ging darum zu überlegen und abzuschätzen, ob die Werte, bei denen die Gemeinde einen Spielraum hat mit den Schwellenwerten und Parametern, plausibel sind. Wenn man es wirklich genau prüfen möchte, müsste das Reglement wahrscheinlich in eine Kommission überwiesen werden. Seine Fraktion kam aber zum Schluss, dass die Begründung, wieso der Gemeinderat in einen oder anderen Fall abweicht plausibel und schlüssig ist. Letztendlich ist das übergeordnete Ziel des Reglements, dass man ein Abgleiten in die Sozialhilfebedürftigkeit unbedingt vermeiden möchte. So kann die FDP den Werten, die der Gemeinderat eingefügt hat aus heutiger Sicht beistimmen.

Die Fraktion möchte jedoch, dass man nach einer gewissen Periode – die FDP schlägt eine Periode von vier Jahren vor, damit man eine genügende Datengrundlage hat – wirklich überlegt, ob die Werte adäquat sind. Hat das Reglement den Zweck erfüllt? Kann man tatsächlich in einer guten Form nachweisen, dass man durch diese Mietzinsbeiträge vermeiden konnte, dass diese Familien teilweise in die Sozialhilfe übertreten müssen? Das fehlt der Fraktion beim Antrag des Gemeinderats. Es wäre eine Ergänzung, die sie nicht zum Reglement, sondern zur Vorlage des Gemeinderats gerne als Antrag einreichen möchte. Der Antrag liegt dem Präsidium vor. Ansonsten ist die FDP einverstanden und wird bei der Lesung den einzelnen Parametern beistimmen. In der zweiten Lesung, das möchte er auch schon signalisieren, wird die Fraktion auch den kleineren Anpassungen, die die Vorprüfung ergeben hat, zustimmen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP teilt mit, die Mitte/GLP stehe der Totalrevision des Mietzinsbeitragsreglements positiv gegenüber und spreche sich für die Verabschiedung des Reglements unter Berücksichtigung des Vorprüfungsentscheids aus. Mit der Modernisierung des Mietzinsbeitragsgesetzes werden im gesamten Kanton Mindeststandards definiert und Grundlagen geschaffen, um die Mietzinsbeiträge zielgruppengerecht und transparent auszurichten. Die Mietzinsbeiträge sollen dazu dienen, die Eintritte von Familien und Alleinerziehenden in die Sozialhilfe möglichst zu verhindern und den Schwelleneffekt beim Austritt aus der Sozialhilfe abzuschwächen. Für Binningen bietet das neue Gesetz bzw. Reglement eine Chance. Der Kanton beteiligt sich neu mit max. 50 Prozent an den Kosten der Mietzinsbeiträge. Durch die Kostenbeteiligung ist einerseits mit einer Aufwandsminderung für die Mietzinsbeiträge zu rechnen und andererseits kann durch die höhere Beitragsbemessung mit einem Minderaufwand in der Sozialhilfe gerechnet werden. Daher unterstützt die Mitte/GLP eine Variante, die eine etwas höhere Beitragsbemessung im Vergleich zu heute vorsieht. Kurz gesagt: Die Gemeinde spart und es können hoffentlich mehr Sozialhilfefälle verhindert werden. Die genauen Auswirkungen dieser Änderungen im Voraus zu prognostizieren ist natürlich schwierig. Daher würde es die Fraktion begrüßen, wenn der Gemeinderat nach einer bestimmten Zeitdauer – sie schlagen zwei Jahre vor, könnten aber auch mit vier Jahren leben – dem Einwohnerrat einen Bericht vorlegen würde, der die Auswirkungen und Entwicklungen durch das revidierte Gesetz bzw. Reglement aufzeigt. Ein entsprechender Antrag wurde eingereicht.

Simone Abt, SP kann sich den gehörten Voten anschliessen. Die SP möchte sich beim Gemeinderat bedanken, dass er diese Vorlage ziemlich vorbildlich rasch erarbeitet hat. Im Mai ging der Startschuss raus, heute liegt die Vorlage vor. Gut, es gab ein gutes Modellreglement. Nach Meinung der Fraktion hat der Gemeinderat dies gut umgesetzt. Er hat auf die entscheidenden Faktoren geachtet. Die Vorlage entspricht auch dem Standard der Gemeinde, in dem sie nicht zu knapp gerechnet ist. Die SP unterstützt das. Für den Bericht würden sie sich vier Jahre vorstellen, da sie der Meinung sind, dass nach zwei Jahren noch nicht genug Daten vorliegen und man nach vier Jahren mehr sagen kann.

Peter Bertschi, Grüne/EVP legt dar, die Grüne/EVP stehe dem Ganzen grundsätzlich auch positiv gegenüber. Sie sehen, dass höhere Beiträge an die betroffenen Familien und Alleinerziehenden bezahlt werden. Das erhöht die Lebensqualität von von Armut Betroffenen und ist unter dem Strich auch noch günstiger für die Gemeinde, da die Kosten mit dem Kanton geteilt werden. Der Antrag mit dem Bericht begrüsst die Fraktion ebenfalls. Vier Jahre als Betrachtungszeitraum erscheinen ihm insgesamt besser,

damit man auch genügend Daten hat. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion der Grünen/EVP dem Antrag des Gemeinderats zu.

Konrad Widmer, SVP signalisiert, mehrheitlich stimme die SVP dieser Totalrevision zu. Ebenso unterstützen sie den FDP-Antrag, dass man in vier Jahren ein Monitoring der Wirkung dieser Totalrevision macht.

Gemeinderat Lukas Alt, Mitte freut sich über die wohlwollende Aufnahme der Vorlage zur Totalrevision des Mietzinsbeitragsreglements. Er möchte kurz auf die Sache bzgl. des Vorprüfentscheids eingehen. Der Entscheid ist am Freitag bei ihm eingegangen. Er hat das Dokument an die Fraktionspräsidien und den Einwohnerratspräsidenten weitergeleitet in der Meinung, dass es bei allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten ankommt. Vielleicht war das formell nicht ganz richtig. Angesichts der drängenden Zeit, das Gesetz tritt am 1.1.2024 in Kraft, schien es ihm plausibel, dies gleich heute in die Beratung zu nehmen. Wenn es eine zweite Lesung gibt, dann muss das so sein. Ein Prüfbericht ist sehr begrüßenswert, ob nach zwei oder vier Jahren. Es liegt auf der Hand, dass man nach zwei Jahren schneller nachjustieren kann, nach vier Jahren hat man eine bessere Datenbasis resp. eine bessere Grundlage, um zu justieren.

Hubert Steffen, SVP merkt an, dass es nicht 50 Prozent sind, die der Kanton zuwirft, sondern der Fonds ist plafoniert auf 3,5 Mio. Franken. Daraus werden den Gemeinden anteilmässig Gelder zugesprochen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP erklärt, da die grosse Mehrheit des Rats eine Berichterstattung nach vier Jahren bevorzugt, würde die Mitte/GLP ihren Antrag zurückziehen – es geht ja um das Gleiche – und dem Antrag der FDP zustimmen.

DETAILBERATUNG / LESUNG DES REGLEMENTS

§ 1 Zweck

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Mietzinshöchstbeitrag

Keine Wortmeldungen.

§ 3 Einkommensgrenze

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Vermögensgrenze

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Hypothetisches Einkommen

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Allgemeiner Lebensbedarf als anerkannte Ausgabe

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Zuständigkeit

Präsident Roman Oberli, SVP informiert, hierzu gibt es eine Empfehlung des Kantons. Der Vorschlag des Kantons zur Ergänzung von § 7 Abs. 4 lautet wie folgt: «Der Gemeinderat ist ermächtigt, die für den Vollzug dieses Reglements erforderliche Verordnung zu erlassen.»

Sven Inäbniit, FDP nimmt an, dies sei ein Input aus der Vorprüfung. Es wurde doch abgemacht, dass diese Inputs in der zweiten Lesung beraten werden, da anscheinend nicht der ganze Rat im Besitz dieser Ergänzungen war. So hat er die Abmachung verstanden.

Der Präsident hat es so verstanden, dass der Rat es heute diskutieren möchte. Er hat zu Beginn vorgeschlagen, dass er die Ergänzungen vorlesen könnte. Wenn dies aber nicht gewünscht ist, kann er es auch unterlassen.

Sven Inäbnit, FDP gibt zu bedenken, dass es formell nicht korrekt ist, wenn heute über Ergänzungen in der Lesung diskutiert wird, die ein Teil des Rats, aus welchen Gründen auch immer, nicht vor sich hat. Er würde dies momentan im Raum stehen lassen und in der zweiten Lesung ganz explizit darauf hinweisen. Dann hatten alle Einwohnerratsmitglieder die Gelegenheit, dies kurz anzuschauen und zu reflektieren. Das wäre sein Vorschlag.

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP setzt dies gerne so um.

§ 8 Verfahren

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Auszahlung

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Rechtsmittel

Keine Wortmeldungen.

§ 11 Aufhebung des bisherigen Rechts

Keine Wortmeldungen.

§ 12 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über den Antrag der FDP abstimmen. Dieser lautet wie folgt: «Der Gemeinderat berichtet vier Jahre nach Inkrafttreten des Reglements inwieweit mit den beschlossenen Parametern/Schwellenwerten die Ziele des Reglements bezüglich Verhinderung der Sozialhilfebedürftigkeit erreicht wurden.».

Antrag FDP: Einstimmig JA (Abstimmung 27)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Gemeinderat berichtet vier Jahre nach Inkrafttreten des Reglements inwieweit mit den beschlossenen Parametern/Schwellenwerten die Ziele des Reglements bezüglich Verhinderung der Sozialhilfebedürftigkeit erreicht wurden.
- ://: 2. Die erste Lesung des Mietzinsbeitragsreglements wird abgeschlossen.
-

Traktandum 7

Nr. 138

Interfraktionelles Postulat: Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 8

Nr. 146

Interpellation Th. Schwarb, Grüne/EVP: Regelung von Feuerwerken

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 9

Nr. 147

Postulat S. Keller, SVP: 2023 Binningen nachts lichterlos

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 10

Nr. 151

Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Baumbestand in Binningen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 11

Nr. 152

Postulat L. Sutter Rehmann, Grüne/EVP: Überprüfung der Pflichtparkplätze

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Dringliche Motion M. Schinzel, FDP: Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Motionär Marc Schinzel, FDP hat es bereits bei der Dringlichkeit angetönt. Im Titel der dringlichen Motion: «Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten» ist der Inhalt eigentlich schon zusammengefasst. Er möchte es nicht künstlich verlängern. Dem Einwohnerrat liegt verdankenswerterweise die Antwort des Gemeinderats auf das Postulat von Susanna Keller vor. Sie hat ebenfalls die Frage gestellt, wie man hinsichtlich der Beleuchtungsfrage vorgehen möchte. Die Antwort des Gemeinderats wird von seiner Fraktion sehr begrüsst. Es ist in diesem Saal wahrscheinlich unbestritten, dass man für eine nachhaltige Beleuchtungslösung in Binningen sehr offen ist. Als er die Antwort gelesen hat, war er doch etwas überrascht, dass es in Binninger erst 17 Prozent LED-Lampen gibt. Das soll keineswegs ein Vorwurf sein. Die ganze Umstellung ist vermutlich schwierig usw. Beim vorliegenden Vorstoss geht es um die Zeit bis die nachhaltige Lösung vorliegt. Wenn er sieht, wie weit man ist, dauert dies vermutlich noch etwas. Der Vorstoss möchte den Nachteil der dunklen Strassen, auch wenn es nur von 0.30 bis 5.00 Uhr morgens ist, für die Personen, die die Strassen nutzen, nicht der Bevölkerung und den Nutzerinnen und Nutzer überlassen. Für seine Fraktion ist die Güterabwägung jetzt klar. Bis eine nachhaltige Lösung vorliegt, möchten sie auf den Strassen wieder die Beleuchtung einschalten, die man davor hatte. Gerade jetzt auf den Winter hin, wo es wieder dunkel wird.

Es sind zwei Punkte. Es ist das subjektive Sicherheitsempfinden, das ganz klar beeinträchtigt wird durch die Dunkelheit. Sie haben verschiedentlich Erfahrungen gemacht und Rückmeldungen erhalten. Der Votant hat es sich natürlich auch selbst angeschaut. Es gibt aber auch Studien, die klar sagen, dass die Kriminalität zurückgeht, auch objektiv. Es wurden Studien in Grossbritannien und den USA gemacht. Man sieht auch in Binningen, es sind Randerscheinungen, dass es bereits eine Kriminalität gibt, bei der die Dunkelheit ausgenutzt wird und sei es «nur» bei parkierten Autos, wo man eben besonders gut einsteigen kann. Daher ist für die FDP klar, dass man jetzt handeln und die Strassen zugunsten der Bevölkerung und den Personen, die besonders gefährdet sind, wieder beleuchten sollte. Das sind ältere Personen, das sind aber v.a. auch Frauen, die unterwegs sind. Dies alles aber ganz klar mit dem Nachhaltigkeitsgedanken. Seine Fraktion begrüsst jede Lösung, die nachhaltig wirkt. Sei es mit Lampen, die auf Bewegung reagieren, sei es mit Lampen, die die Stärke verändern können je nach dem, wann die Strasse genutzt wird. Die Formulierung in der Motion lässt dies offen. Sie ermöglicht intelligente Lösungen. Daher beantragen der Motionär und seine Mitunterzeichnenden, jetzt möglichst rasch das Reglement zu ändern, damit es bereits in diesem Winter wieder beleuchtete Strassen in Binningen gibt.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP führt aus, die Grünen seien sehr für das Sparen von Strom. 24 Stunden Verdunkelung würden sich auch eignen, um Strom zu sparen. Aber im Ernst: Der Sicherheitsgedanke für die Bevölkerung steht auch bei ihrer Fraktion im Vordergrund. Im Binningen hat man den Vorteil, dass schon seit Jahrzehnten Strom produziert wird mit den Anlagen der AEB. Diese haben bereits mehrere Tausend Kilowattstunden produziert und Anlagen neueren Datums, die auch durch den Energiefonds auf den öffentlichen Anlagen investiert und gebaut worden sind, produzieren ebenfalls schon. Daher hat die Votantin kein schlechtes Gewissen, wenn sie hier als Einzelmaske sagt, man müsse den Strom wieder anstellen. Sie betont es auch aus folgendem Grund. Anfang August hatte ihre Tochter ihren 30. Geburtstag. Es wurde gefeiert, die Rednerin war etwas länger auswärts und ist dann alleine nach Hause gegangen. Sie musste ihre Taschenlampe anschalten und hat trotzdem praktisch nichts gesehen. Es war nicht einmal die Angst vor einem Überfall. Sie hatte schliesslich ihren Schlüssel zwischen den Fingern. Es hätte weh getan. Aber es geht auch darum, dass man die Löcher nicht sieht. Man sieht nichts Nasses auf

den Strassen, keine Bananenschale etc. Die Unfallgefahr hat ihr Angst gemacht. Sie hat absolut keine Lust, mit einem Gips herumzulaufen. Die Grünen/EVP haben Stimmfreigabe beschlossen. Trotzdem möchte die Votantin eine Lanze brechen und den Vorstoss unterstützen.

Susanna Keller, SVP äussert, wie die Anwesenden alle wissen, hat sie bereits einen Vorstoss zu diesem Thema geschrieben. Auch der SVP geht es um die Sicherheit der Binninger Bürger. Es gibt so viele Personen, die nachts arbeiten müssen, Pfleger und Pflegerinnen, Service-Angestellte, Personen, die in einem 24-Stunden-Betrieb arbeiten, z.B. Service-Monteurs. Sie hat von einigen Binningern gehört, dass sie das massiv stört, dass sie Angst haben. Ihr Mann geht jede Nacht mit dem Hund raus. Das ist nun vielleicht etwas aus dem Nähkästchen geplaudert. Aber er sagt auch, es sei einfach wahnsinnig, wenn alles dunkel ist. Letztens kam ihm ein Mädchen entgegengerannt und meinte, sie müsse sich beeilen, das Licht werde bald ausgeschaltet. Sie müsse nun sofort nach Hause und ist weitergerannt. Subjektiv löst das abgestellte Licht auch Angst aus. Die Rednerin ist für eine nachhaltige Lösung, findet aber auch, dass man jetzt im Winter den Strom für die Lampen in der Nacht wieder einschalten sollte.

Simone Abt, SP nimmt an, über die Facts denken alle Anwesend einigermaßen gleich. Es gibt auch in ihrer Fraktion zwei Lager. Es gibt die, die finden, der Sicherheitsaspekt gehe jetzt vor. Jetzt im August mit Blick auf den nächsten Winter. Andere finden, einfach nur nicht zurück, denn die Situation, die man davor hatte, war vielleicht etwas zu viel des Guten und vielleicht ein wenig zu viel des falschen Guten, sodass man nicht zurück möchte. Die SP hat ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen. Die Rednerin selbst kann nur dringlichst darauf hinweisen, dass man sich das, was man sich letzten Winter erarbeitet hat, nicht einfach wieder vergibt. Es ist immerhin eine Einsparung von 27,5 Prozent, das ist über ein Viertel. Sie findet, man sollte nicht einfach alles, was man sich erarbeitet hat, wieder aufgeben, indem man alles wieder erstrahlen lässt, weil dies ja vermeintlich so sicher ist. Sie hofft sehr, dass eine rasche Umsetzung erfolgen kann. Wenn sie dazu etwas erfahren könnte, mit welchem Zeithorizont man hier rechnen kann, wäre sie dankbar, denn sie hängt etwas in der Luft. Sie möchte nicht zurück und weiss nicht, wie weit es nach vorne ist. Jede Information ist dankbar willkommen. Die SP stimmt je nach Gefühl. Es geht stark um das subjektive Sicherheitsempfinden und eigentlich ist dies nicht gut.

Daniel Zimmermann, FDP erläutert, in der ganzen Schweiz habe man das Thema in Zusammenhang mit der Stromknappheit diskutiert. Man weiss aber auch, dass es in der ganzen Schweiz Diskussionen zum Thema Verkehrssicherheit und Beleuchtungen gab. Er möchte von der zuständigen Gemeinderätin wissen, wie sie mit der Tatsache umgeht, dass es Grundlagen und Positionspapiere gibt, letztlich auch Normen, die bestimmen, dass Fussgängerstreifen sowohl im kantonalen wie im kommunalen Netz angeleuchtet werden müssen. In der letzten Zeit war dies in Binningen nicht der Fall. Für den Votanten ist dies eine Nicht-Erfüllung der Norm, der gesetzlichen Grundlagen. Er möchte auf keinen Fall einen zweiten Winter erleben, dass es im Gemeindefussgängerstreifen gibt, die nicht beleuchtet sind. Darauf hätte er gerne eine Antwort.

Ralph Büchel, SP äussert an Susanna Keller gerichtet, der Vorteil der jetzigen Regel wäre, dass die Jungen bereits um 0.30 Uhr zu Hause wären. *[Gelächter]* Das wäre manchmal gar nicht so schlecht. Der Redner hat ebenfalls zwei Töchtern. Diese kommen manchmal leider etwas später nach Hause. Er weiss nicht genau wann. Er selbst ist dann vielleicht schon wieder am Frühstück, wobei dann wäre es ja schon wieder hell. Seine Töchter haben auch ein gewisses Unbehagen in der Dunkelheit nach Hause zu kommen. Der Redner selbst ist auch schon einmal im Dunkeln nach Hause gegangen und musste sein Natel benutzen, um den Weg auszuleuchten. Aus diesem Aspekt ist es eine etwas fragwürdige Situation. Aber es wurde erwähnt: 27 Prozent Einsparung. Das ist mit den alten Dampfampeln. Er findet, hier müsste man vorwärts machen mit der Erneuerung und schnell auf LED umstellen. Es kann nicht sein, dass dies noch 10 Jahre dauert. Man könnte sich auch überlegen, ob man die Lampen auf einen Schlag umrüstet. Er weiss nicht, wieviel das kosten würde. Es müsste jemand von der Gemeindeverwaltung beantworten, ob dies 50 000 Franken, 300 000 Franken oder noch mehr kosten würde. Hier müsste man nach Ansicht des Votanten vorwärts machen. Wenn die Beleuchtung auf LED umgerüstet wäre, hätte

man auch die Flexibilität, um Teilabschaltungen zu machen und sicher viel Energie einzusparen. Die Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Er persönlich findet es eine gute Sache, die Beleuchtung diesen Winter wieder anzuschalten und möglichst bald Lösungen findet.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP glaubt, gegen das subjektive Sicherheitsgefühl könne man mit Facts and Figures kommen, das ändert nichts. Wenn sich die Leute unsicher fühlen, dann fühlen sie sich so. Tatsache ist aber, dass sich die vermeintliche Steigerung der Kriminalität nicht in den Zahlen niedergeschlagen hat. Zum Glück. Aber es ist eine Tatsache, dass es keine Zunahme von entsprechenden Vorfällen gab. Über die Einsparung des Stroms wurde schon einiges gesagt. Es sind 27,5 Prozent bzw. im zweiten Quartal des laufenden Jahres sogar 27,8 Prozent. Es ist eine nicht zu vernachlässigbare Einsparung. In der Beantwortung des Vorstosses von Susanna Keller hat der Gemeinderat darauf hingewiesen, dass der Bundesrat noch im April dieses Jahres dazu aufgerufen hat, die Sparbemühungen aufrecht zu erhalten. Das war letztlich auch der Grund, weshalb sich der Gemeinderat entschieden hat, die Massnahme fortzuführen. Dass man gewisse Normen nicht einhält, ist korrekt. Aber es gibt immer wieder Situationen, wo es eine Frage der Verhältnismässigkeit ist. Die drohende Strommangellage war eine solche Situation, wo man Entscheide fällen musste und im Sinne der Verhältnismässigkeit der Meinung war, dass das angemessen ist.

Noch zur Frage der Umrüstungsgeschwindigkeit und den Kosten. Es gibt eine Grobkostenschätzung. Die zuständige Gemeinderätin betont explizit das Wort «grob». Man ist noch nicht am Punkt, dass ein Projekt ausgearbeitet wurde. Aber es kostet leider weder 50 000 Franken noch 300 000 Franken, sondern die totale Umrüstung kostet irgendwas in der Grössenordnung von 1,5 bis 1,7 Mio. Franken. Man kann auch nicht alles in einer Nachtaktion machen. Es gibt verschiedenen Schaltkreise innerhalb der Netzgebieten. Man würde es entsprechend der Schaltkreise sukzessiv machen. In einem Winter ist es nicht gemacht und auch nicht in zwei. Es bräuchte eher drei bis vier Jahre. Aber diese Angaben sind wie gesagt mit Vorsicht zu geniessen. Es geht ihr mehr um die grundsätzliche Botschaft. Es ist nicht etwas, dass man von heute auf morgen machen kann. Der Gemeinderat wird aber, wie er bereits angekündigt hat, mit einer entsprechenden Vorlage kommen, dass man schneller umrüsten kann als man es bis jetzt über das ordentliche Budget gemacht hat. Hier hat sich die Gesamtgemengelage erheblich verändert.

Thomas Hafner, Mitte/GLP teilt mit, die Gemeindepräsidentin a.i. habe nun die Fragen, die er noch hatte, beantwortet. Ihm waren die Kosten für die Umrüstung wichtig. Die 1,5 bis 1,7 Mio. Franken. Ihm ist klar, dass dies eine grobe Schätzung ist. Er wird niemanden darauf behaften. Es ist ihm auch klar, dass man dies nicht alles in einem Zug machen kann. Eine solche Umrüstung ist relativ komplex. Er ist auch froh, dass er den Zeithorizont von drei bis vier Jahren gehört hat. Dies einmal vorweg. Noch zu seinem Verständnis: Susanna Keller hat ein Postulat eingereicht. Er nimmt an, dass dieses später behandelt wird. Er hat sich dazu viele Sachen aufgeschrieben, aber das kommt später. Dem Votanten geht es nicht nur darum, dass man das Reglement ändert, sondern es geht ihm auch darum, das Licht bald wieder einzuschalten. Dazu hat er noch nichts gehört. Kann die zuständige Gemeinderätin die Frage beantworten, in welcher Zeit man wieder einschalten kann? Geht es um eine Woche, zwei oder drei und dann kann man das Signal geben und es ist wieder eingeschaltet? Es wäre ihm wichtig, dass man dies weiss. Es muss ja nicht ein Reglement geändert werden, damit die Beleuchtung wieder eingeschaltet werden kann. Die Ratsmitglieder haben von ihren Erfahrungen erzählt. Der Votant ist viel abends und nachts unterwegs. Nicht nur er und seine Kinder, sondern er kennt auch viele Personen, die nachts arbeiten. Ob dies in der Krankenpflege ist oder als Taxifahrer. Ein Taxifahrer meinte, Binningen sei ein trauriges Dorf. Da sei es dunkel. Er hat auch viele Personen gehört, die geschimpft haben.

Der Präsident bittet den Redner langsam zum Ende zu kommen.

Thomas Hafner, Mitte/GLP ist es einfach wichtig, dass man an die Personen denkt, die nachts unterwegs sind. Die Sicherheit wurde erwähnt. Es gab Unfälle und Einbrüche, bei denen das fehlende Licht ausgenutzt wurde. Er ist froh, wenn man dies bald wieder umstellen kann.

Daniel Zimmermann, FDP führt aus, es gehe in der Motion von Marc Schinzel nur darum, dass man auf den nächsten Winter hin mit relativ wenigen Mitteln – es ist ein Schalter, den man kippt – das Licht wieder anschalten kann. Aus den gehörten Voten möchte man das Thema Sicherheit garantieren. Er bedankt sich für die Antwort der zuständigen Gemeinderätin. Es ist klar, dass man seinerzeit im ersten Winter auch aus Solidarität in der ganzen Schweiz die Aktion mitgetragen hat. Man wäre ja fast in der Zeitung gekommen, wenn man es nicht gemacht hätte. Es war auch richtig, dass man dort eine Abwägung gemacht hat zwischen Strom sparen in Hinblick auf die angekündigte Strommangellage vs. Fussgängerstreifen. Die Situation ist heute komplett anders und besteht so nicht mehr. Es kann heute niemand sagen, ob es nochmals einen solchen, ähnlichen Engpass geben wird. Es hat für ihn nicht mehr die Thematik des Mitmachens beim Stromsparen, sondern er wertet die Sicherheit, daher spricht er wieder die Fussgängerstreifen an, viel höher. Der Redner möchte nicht, dass abends in der Dunkelheit jemand auf dem Fussgängerstreifen angefahren wird und man nachher zur Kenntnis nehmen muss, dass der Gemeinderat gewusst hat, dass es nicht rechtens ist. Das stört ihn. Er bittet darum, dass man heute für den nächsten Winter die Umstellung macht. Zur Frage des generellen Netzes wird der Gemeinderat eine Vorlage bringen müssen. Dort kann er saubere Abklärungen machen, was man langfristig mit der Beleuchtung in Binningen vorhat und wie man in einem vernünftigen Rahmen umrüsten kann.

Marc Schinzel, FDP ist froh um zwei, drei Punkte, die er in der Diskussion gehört hat, vor allem der von Beatrice Büscheln angesprochene Punkt. Sicherheit ist nicht nur Kriminalität. Bei der Sicherheit geht es auch darum, sich sicher auf der Strasse zu bewegen. Das ist ganz wichtig. Daran schliesst der Punkt von Daniel Zimmermann an, die Fussgängerstreifen. Wenn man die Strasse mit dem Natel ausleuchten muss, dann wird es relativ abenteuerlich. Es ist völlig unbestritten, dass es bei der Strommangellage sicher ein guter Entscheid war. Bei einer Mangellage kommt die Anordnung von oben. Dann geht es vom Bund zu den Kantonen. Das sind die Notfallszenarien. Das kommt von oben. Er hat das Gefühl, auch wenn man dies nun macht, ist der Ansporn da. Auch in der Antwort auf das Postulat Keller und nun mit dieser Massnahme, wo man sagt: «Wir beleuchten im Winter wieder» ist der Ansporn da. Er ist froh, dass er von Seiten des Gemeinderats gehört hat, was dies grob sein könnte, aber auch dass der Ersatz der Natriumdampflampen auf LED schneller vorangetrieben werden soll. Er glaubt daher, es wäre vorteilhaft, wenn man die Beleuchtung in diesem Winter wieder einschalten würde.

Rahel Amacker, Mitte/GLP weiss, dass es bereits 22.15 Uhr ist. Aber im Saal sind so oft die Wörter «Sicherheit» und «junge Leute» gefallen, da möchte sie sich als junge Frau auch noch schnell zu diesem Thema melden. Sie wurde in den letzten 10 Tagen mehrmals komisch angesprochen oder belästigt. Es war zwar jedes Mal hell, aber es zeigt ihr, dass dieser Aspekt immer noch wichtig ist. Licht hilft. Sie plädiert aber dafür, nicht nur Licht an, sondern auch Augen auf und etwas sagen. Das heisst, man macht hier vielleicht einen Schritt, der auch für andere Sicherheitsaspekte wichtig ist. Aber man darf beim politischen Geschäft auch weiterhin nicht vergessen, dass es damit nicht getan ist. Der Sicherheitsaspekt bei jungen Menschen ist immer ein Thema, nicht nur bei Licht ab.

Karin Glaser, Grüne/EVP lässt viele Argumente hier gelten und findet das Thema Sicherheit auch gut, nur den Punkt mit den Fussgängerstreifen nicht. Sie ist der Ansicht, ein Fussgängerstreifen sei nie so sicher wie nachts, wenn man den Vortritt als Fussgänger nicht erzwingt. Man sieht die Autos schon von fast 20 km entfernt, wenn sie Licht haben. Entsprechend kann man einfach warten, bis das Auto vorbeigefahren ist. Das muss sie hier sagen. Ausser es handelt sich natürlich um einen Velo-Rowdy ohne Licht. Aber das ist eine andere Geschichte.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP möchte noch kurz auf die Frage von Thomas Hafner eingehen, wie lange es geht, bis man die Beleuchtung wieder eingeschaltet hat. Es ist der gleiche Aufwand, den man letztes Jahr hatte, um die Beleuchtung abzuschalten. Es ging rund zwei Wochen, da die Lampen wieder angesteuert werden müssen. Eine Bemerkung noch ganz zum Schluss, die sie vorhin vergessen hat: Es gab auch sehr viele Meldungen von Leuten, die es sehr geschätzt haben, dass es in der Nacht

wieder dunkel war. Das muss man der Form halber auch festhalten. Die werden vielleicht nicht so glücklich sein, wenn der Rat heute beschliesst, dass das Licht wieder eingeschaltet wird.

ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 27 JA / 7 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 28)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 12

Diversa

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP möchte zuallererst Bettina Benthaus verabschieden. Sie hatte heute ihre letzte Sitzung und wird Ende August aus dem Einwohnerrat zurücktreten. Bettina Benthaus war seit Mai 2014 Mitglied des Rats. Da sie keine grosse Verabschiedungsrede wünscht und gerne selbst etwas sagen möchte, wünscht er ihr an dieser Stelle alles Gute für ihre weitere Zukunft, dankt ihr für ihren Einsatz und übergibt ihr das Wort.

Bettina Benthaus, SP äussert, es sei ein relativ kurzfristiger Entscheid gewesen. Es wissen vielleicht einige, dass sie gesundheitlich etwas angeschlagen ist. Sie hat nun gemerkt, dass sie kürzertreten muss. Daher hat sie sich zu diesem unkonventionellen Schritt entschlossen, dass es nun nach den Sommerferien für sie die letzte Sitzung ist. Die Rednerin möchte sich bei all ihren Kolleginnen und Kollegen, die sie hier begleitet haben, ganz herzlich bedanken. Es waren ganz tolle Kollegen und Kolleginnen, nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch parteiübergreifend. Es ist auch ein emotionaler Moment für sie, aber es scheint ihr der richtige Entscheid. Sie hofft, dass man sich bald wieder einmal sieht. *[Applaus]*

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne äussert, es gebe ein weinendes und ein lachendes Auge. Leute müssen verabschiedet werden, es darf aber auch etwas gefeiert werden. Alle Anwesenden haben auf ihrem Tisch eine Einladung erhalten. Sie möchte auf diese Einladung hinweisen, denn sie ist ernst gemeint. In Binningen gibt es die Schulraumplanung, welche aus verschiedenen Stücken resp. Puzzleteilen besteht. Der Schulcampus Dorf, die Erweiterung Meiriacker, bei welcher das Volk das Geld gesprochen hat, und es gibt einen Teil, der in letzter Zeit vielleicht fast unterging, nämlich die Sanierung des Mühlematt Schulhauses. Es war eine Operation am offenen Herzen. Diese wurde durchgeführt und abgeschlossen. Der Abschluss der Sanierung soll gefeiert werden. Das Tolle an der Sanierung ist v.a., dass der Pausenplatz mit der Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler gestaltet wurde. Es entstanden einige spannende Experimente und Projekte. Die zuständige Gemeinderätin würde die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen sehr gerne einladen, sich dies anzuschauen und auch zu ästimieren, wie die Schülerinnen und Schüler Freude daran haben. Es gibt eine Einweihung. Das Fest findet am Donnerstag, 14. September ab 16 Uhr statt. Man kann sich alles anschauen und es gibt ab 18.15 Uhr auch ein Buffet mit Essen und Getränken. Sie möchte alle ganz herzlich einladen zur Eröffnung des ersten Bausteins, des ersten Puzzleteils der Schulraumplanung. Sie hofft, dass sie viele dann auch beim Schulcampus Dorf und Meiriacker sehen wird und hofft, dass auch diese Projekte bald eingeweiht werden können.

Der Präsident bedankt sich für das Erscheinen und schliesst die Sitzung um 22.25. Uhr.

ER-Sitzung vom 28. August 2023

			Gesch. Nr. 157								
			11	12	13	14	15	16	17	18	19
Nr.	Name	Fraktion	Direktgenehmigung Abrechnung von Investitionsausgaben	Auftrag an GR: bei Wechsel der Darstellung vorgängige Konsultation der GRPK	Auftrag an GR: verbindliche Festlegung der Darstellung von Rechnung und Budget	Auftrag an GR: Verzögerung Revision Baurechtsreglement	Auftrag an GR: Bericht zur Ungleichbehandlung bei Arbeitgeberbeitragsreserve	Auftrag an GR: Prüfung Fonds und Legate	Auftrag an GR: Massnahmen zum geltend machen von Vorsteuerabzügen	Auftrag an GR: Anträge in Geschäftsdatenbank aufnehmen und jährlich berichten	Schlussabstimmung Rechnung
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser P.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
5	Glaser S.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
6	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Benthous	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Lempert	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Noack	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Fünfschilling	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
31	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Keller	SVP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

TOTAL

Ja	36	34	32	36	36	35	35	36	36
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	2	1	0	0	0	0	0	0
	36	36	33	36	36	35	35	36	36

ER-Sitzung vom 28. August 2023

			Gesch. Nr. 204A/XII			Gesch. Nr. 163			Gesch. Nr. 172	Gesch. Nr. 175
			20	21	22	24	25	26	27	28
Nr.	Name	Fraktion	Rückzug Antrag 3 des Gemeinderats	Verkauf Kabelnetz	Aufhebung Kabelnetzreglement	Ordnungsantrag: Keine Abstimmung über den Antrag der SP	Abschreibung Postulat P. Frauchiger "Grünabfuhr"	Antrag Grüne: zukünftig wieder Abschreibungen im Rückständebericht	Antrag FDP: Erfahrungsbericht nach 4 Jahren	Überweisung Motion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
4	Glaser P.	Grüne	Ja	Not voted	Ja	Nein	Not voted	Ja	Ja	Nein
5	Glaser S.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
6	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
11	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
12	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
14	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
15	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
16	Noack	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja	Ja
18	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung
19	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Not voted	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
24	Fünfschilling	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
27	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
28	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
30	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
31	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
32	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja

TOTAL

Ja	36	34	36	20	33	18	36	27
Nein	0	0	0	14	1	14	0	7
Enthaltungen	0	0	0	2	0	2	0	2
	36	34	36	36	34	34	36	36